

Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Geschäftsabholung 90 Pfennig. Erhalten wöchentlich 1 Pfennig und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Büten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verleger: Halberstädter Tagesblatt, Kurt Becker, G. m. b. H., Bernhartstraße für Politik u. Wirtschaft Kurt Wollenbaur, für den lokalen Teil: H. W. Wollenbaur, für Wolkema u. Internationale Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Beilagenzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfachamt Waggelberg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 4.

Nr. 131

Dienstag, den 9. Juni 1931

6. Jahrgang

Soziale Reaktion.

Eine Blütenlese aus der Notverordnung.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung atmet den Geist der sozialen Reaktion. Selbst da, wo die Reichsregierung unter hartem Zwang ihren Willen durchzusetzen hat, die Einführung neuer Steuererhöhungen angeht, hat sie sich zur Krisenreaktion aufgestellt, ist durch eine groteske Fälschung der Tarife, die Lohn- und Gehaltsempfänger höher besteuert und die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen schont, der unsozialer Geist des gesamten Gesetzeswerks gemahnt. Dazu kommt die Zuerststeuer, die Mineralölsteuer, ein Schutzgeldrecht an die deutschen Produzenten, und die Streichung der Lohnsteuererleichterung.

Man hat wieder einmal die Lasten auf die schwächsten Schultern abgemäht. Der dritte Teil der Notverordnung trägt z. B. die verheißungsvolle Ueberlieferung:

Arbeitsloshilfe.

Dahinter verbirgt sich aber der systematische Abbau der an sich geringen Hilfsleistungen, die die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, bisher erhalten haben. Das Kernstück ist die

allgemeine Herabsetzung der Hauptunterstützungen.

Reider stellt sich heraus, daß sich der Abbau der Leistungen nicht auf 5 Prozent, sondern auf vielmehr bezieht. Die Hauptunterstützung wird in der Arbeitslosenversicherung nach Prozenten des Einheitslohnes berechnet. Sie betrug:

bisher in der Klasse	I	75 v. H.	in Zukunft	70 v. H.
" " " "	II	65 " " "	" " " "	60 " " "
" " " "	III	55 " " "	" " " "	50 " " "
" " " "	IV	47 " " "	" " " "	42 " " "
" " " "	V	35 " " "	" " " "	30 " " "
" " " "	VI	25 " " "	" " " "	20 " " "
" " " "	VII	15 " " "	" " " "	12 " " "
" " " "	VIII-XI	35 " " "	" " " "	30 " " "

Die Differenz von je 5 Prozent bezieht sich auf den Prozentsatz vom Einheitslohn. Das bedeutet als Prozentsatz von der gezahlten Hauptunterstützung in der Klasse I rund 7 Prozent; der Prozentsatz der Kürzung steigt von Stufe zu Stufe bis auf 14 Prozent bei den höchsten Lohnklassen. Dieser Abbau der Hauptunterstützungen von 7-14 Prozent wird für einen großen Teil der Empfänger noch dadurch vergrößert, daß sie künftig in niedrigere Lohnklassen eingestuft werden, weil im Besonderen der bisherigen Leistung bei Kurzarbeit im Zukunft für die Berechnung der Lohnklassen vor der Lohn zugrunde gelegt wird, den sie auf Grund der Arbeitszeiterleichterung ausgeübt erhielten.

Eine weitere Verschlechterung, die gerade nach dem Fortschritt des Wohnbaues im letzten halben Jahr hart empfunden werden wird, liegt daran, daß die Wartzeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige und bis zu drei zuschlagsberechtigten Angehörigen allgemein von 7 auf 14 Tage verlängert wird, für Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage.

Am schlimmsten werden die Jugendlichen

von dem Abbau betroffen. Es werden, soweit familienrechtliche Unterhaltspflichten ihnen gegenüber bestehen, 5, also praktisch, so weiß die Eltern mit Einkommen haben, bis zum 21. Lebensjahr vollkommen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, während sie bisher vom 16. Lebensjahr an unterstützungsberechtigt waren. Abgesehen von der unangehörigen sozialen Härte, die in dieser Ausschließung der jungen Menschen, die arbeiten wollen, aber tiefer Arbeit finden, liegt, muß man sich auch darüber im Klaren sein, daß diese Behandlung im höchsten Maße geeignet ist, die ohnehin unheilvoll um sich greifende politische Radikalisierung der Jugendlichen weiter zu verschärfen. Diese Gefahr wird auch in keiner Weise abgemildert werden durch die in der Notverordnung enthaltene überaus merkwürdige Konstruktion des freiwilligen Arbeitsdienstes.

freiwilligen Arbeitsdienstes.

Dieser „Arbeitsdienst“ enthält als Kernstück die Bestimmung, daß „die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet“. Die Arbeiter im „freiwilligen Arbeitsdienst“ werden sozial vollkommen entrechtet. Jeder Arbeitnehmererwerb, den das moderne Recht begründet hat, fehlt ihnen. Ob die Vorschriften des Arbeitsgesetzes und der Sozialversicherung auf den „freiwilligen Arbeitsdienst“ angewandt sind, bleibt der Entscheidung des Reichsarbeitsministers vorbehalten.

Weitere Verschlechterungen treffen die Saisonarbeiter.

Dazu gehören besonders die Bauarbeiter. Die Höchstdauer ihrer Arbeitslosenunterstützung wird von 24 auf 20 Wochen verkürzt. Außerdem erhalten sie für die ganze Unterhaltungszeit nur die Höhe der Krisenfürsorge, die bisher für die Winterzeit gegolten wurden. Dabei hat sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe derart entwickelt, daß man nicht mehr von einer Saisonverteilung sprechen kann.

Verrechneten Frauen

wird in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung nur „ermindert“ soweit sie bedürftig sind. Die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt nach den Vorschriften der Krisenfürsorge. Die Empfänger von Krisenunterstützung sollen in Zukunft verpflichtet sein, die Beiträge, die für sie aus der Krisenfürsorge als Hauptunterstützung ausbezahlt werden, zu erstaten, sobald sie ein Einkommen

haben und ihr Fortkommen durch die Erstattung der Unterstü-

nicht unbillig erschwert wird. Dabei ist noch eins zu beobachten, worauf die Verordnung ausdrücklich hinweist. Wenn die Gefahr besteht, daß die laufenden Ausgaben der Reichsanstalt ihre laufenden Einnahmen übersteigen, so hat der Reichsminister rechtzeitig den Finanzminister zu verständigen. Er darf zu diesem Zweck den Beitrag erhöhen, aber auch die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bis auf die Höhe der Krisenunterstützung allgemein herabsetzen und die Höchstdauer der Krisenunterstützung allgemein herabsetzen und die Höchstdauer der Krisenunterstützung allgemein herabsetzen.

In dem Abschnitt „Eicherung des Haushalts“ werden für die Arbeiter aller öffentlichen Betriebe und Verwaltungen Ermäßigungen für Lohnabsetzungen gegeben, auch wenn nach dem Ablauf der tariflichen Vereinbarungen keine neue tarifliche Regelung zustande kommt. Die Stundenlohnätze der Reichsarbeiter sollen z. B. dann um 1-4 Reichsmark geteilt werden und außerdem entfällt der Änderungssatz für ein fernerzuständiges Kind. Bei den Angestellten treten die gleichen Gehaltskürzungen wie bei den Beamten ein. Städte und Gemeinden werden verpflichtet, spätestens vom 1. Oktober 1931 ab die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlöhne ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer im Reichsdienst übersteigen, herabzusetzen. Dort, wo bisher die Gemeinden noch eine soziale Wohnpolitik betrieben haben, wird die Mietskürzung auf die neuerdings herabgedrückten Bezüge der Angestellten und Arbeiter im Reichsdienst ermäßigt. Die Reichsanstalt wird gezwungen, vom 1. Juli 1931 ab die Bestimmungen der Vorschriften zu verändern. In Abänderung des Zahlungsvertrages werden die Sonderunterstützungen für die Tabakarbeiter, die infolge von steuerlichen Maßnahmen arbeitslos geworden sind, vollkommen ge-

trichen. Dagegen bleiben die Abfindungen für die betroffenen Unternehmer in voller Höhe erhalten.

Abänderungs-Möglichkeiten?

Die neue Notverordnung der Reichsregierung hat in breiten Schichten unserer Bevölkerung ein Gefühl der Erbitterung und der Ratlosigkeit hervorgebracht. In der Öffentlichkeit sind Forderungen nach Abänderungen zu vernehmen. Ist die Reichsregierung bereit, dem Reden zu folgen? Nach dem „Preßendienst der Zentrumspar- tei“ sollte man es annehmen. Er schreibt:

„Wir suchen vergebens in allen Kritiken das Aufzeigen anderer Möglichkeiten, anderer gangbarer Wege, die zu dem gleichen Ziele führen könnten. Aber darauf kommt es eben an. Die Reichsregierung wird darauf sein für jeden brauchbaren Vorschlag, welcher ihre innen- und außenpolitischen Aktionen zu fördern und zu erleichtern vermag. Sie wird sich nicht weigern, dem Volk im gegebenen Maße die Frage offen, ob derartige Abänderungsanträge im Parlament diskutiert oder auf dem Wege interner Verhandlungen ermöglicht und ohne Parlament in Kraft gesetzt werden.“

Anwieweit die obige Meinungsäußerung der Auffassung der Reichsregierung entspricht war bisher amtlich nicht zu erfahren. Es verlautet jedoch zuverlässig, daß man bereit ist, brauchbare Abänderungsanträge zu diskutieren, soweit dadurch das finanzielle Gleichgewicht der Notverordnung nicht beeinträchtigt wird. Trotzdem bleibt im gegebenen Maße die Frage offen, ob derartige Abänderungsanträge im Parlament diskutiert oder auf dem Wege interner Verhandlungen ermöglicht und ohne Parlament in Kraft gesetzt werden.

Ergebnis von Chequers.

Die Presse wartet.



Reisevertreter warten vor den geschlossenen Türen des Landhauses Chequers, wo die Konferenz der deutschen und englischen Staatsmänner unter Aufsicht der Delegation stattfand.

Politische Klärung.

London, 9. Juni. (Ein. Draht.) Am Verlauf der Unterhaltungen in Chequers wurden auch die Währungsfrage und die Frage der Luftunion berührt, der Hauptteil der Unterredungen galt jedoch dem Reparationsproblem.

Die Darstellungen der deutschen Minister haben alle Zweifel an der Wirksamkeit der deutschen Note, die man hier vielleicht noch hatte, zertrennt und haben auch England von der Notwendigkeit zum Handeln überzeugt. Es hat sich ferner Übereinstimmung der deutschen und der englischen Auffassung dahin ergeben, daß beide Länder eine Revision des Young-Plans eines Memorandum vorzulegen. Dieser Weg der Revision erfordert internationale Zusammenarbeit und die Feststellung des Kommuniqués über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit hat den konkreten Hintergrund der eine internationale Aktion in diesem Sinne, als dieser Revision der Reparationen und der damit zusammenhängenden interalliierten Schulden ins Auge gefaßt worden ist. An dieser Aktion soll nach englischer Auffassung der Völkerverbund nicht beteiligt werden. Vielmehr müssen zunächst die Beziehungen zwischen den Staatsmännern der beteiligten Länder fortgesetzt werden. Es läge durchaus nahe, daß Dr. Brüning in Paris zunächst ähnliche Unterhaltungen führe wie in England. Das Ziel wäre schließlich die Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Klärung des Reichsschuldenproblems. Ehe man sich diesem Ziel weiter nähert, wolle man jedoch den Aufent-

halt Stimmens in Europa abwarten. Keinesfalls solle sich Deutschland an die Spitze einer internationalen Bewegung zur Revision der Kriegsschulden stellen. Was erreicht wurde ist eine wirklich internationale Aktion, bei der die Aktivität von den Gläubigern ebenso sehr ausgehen mußte wie von den Schuldner.

Brüning dankt.

London, 9. Juni. (Ein. Draht.) Am Verlauf eines Empfanges des englischen Instituts für auswärtige Politik erwiderte der Reichsminister auf eine Begrüßungsansprache u. a. folgendes:

„Die freundschaftlichen Beziehungen in Chequers haben beiden Parteien Gelegenheit gegeben, unsere gegenseitigen Schwierigkeiten zu erörtern. Wie Sie aus dem veröffentlichten Kommuniqué erhellen haben, ist gegenseitig vereinbart worden, eine Zusammenarbeit zwischen allen in Betracht kommenden Ländern zu suchen, um die gegenwärtige Lage zu verbessern. Ich bin sicher, daß dieser Geist des Einnehmens ein günstiges Echo in der öffentlichen Meinung der Welt finden wird. Dr. Curtius und ich schätzen die beglückende Aufnahme, die wir von unseren englischen Gastgebern erfahren, außerordentlich hoch. Und ich freue mich, eine Gelegenheit erhalten zu haben, den britischen Staatsmännern öffentlich zu danken.“

Die letzte Begegnung.

Am Montag sprach der Reichsminister während eines Empfanges des Instituts für internationale Angelegenheiten über internationale Zusammenarbeit der Völker. Am Laufe des Tages wurden Dr. Brüning und Dr. Curtius auch vom König empfangen. Am Abend fand in der deutschen Botschaft ein Empfang statt, bei dem auch Macdonald und Henderson zugegen war. Die Abreise des Reichsministers und des Außenministers erfolgt am Dienstag vormittag nach Southampton aus mit der „Bremen“.

Brüning löst sofort zu Hindenburg.

Berlin, 9. Juni. (Telefon.) Der Reichsminister Dr. Brüning wird, wie die „DZf“ erfährt, die erste sich bietende Gelegenheit benutzen, um dem Reichspräsidenten ausführlich über die Reise nach England zu berichten. Er werde zu diesem Zweck um die Wende der Woche nach Weimar fahren, allerdings so rasch wie möglich nach Berlin zurückkehren, da das Kabinett seine Beratungen befristet fortsetzen solle.

Französische Ansicht.

Paris, 9. Juni. (Telefon.) Die Pariser nationalitistische Presse stellt am Montag mit Befriedigung fest, daß die Unterredungen in Chequers zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Eine gegenseitige Ansicht vertritt nur das „Journal des Débats“, das erklärt, Deutschland habe erreicht, was es wollte: die Frage einer Revision des Young-Plans sei auf das internationale Komitee gebracht worden, und zwar dank der Gefälligkeit der englischen Regierung unter den besprochenen Bedingungen für Deutschland.

Der preußische Kirchen-Vertrag.

Wüftes Geschrei der Kommunisten.

Berlin, 8. Juni. (Eig. Ber.)

Der preußische Landtag ist am Montag wieder zusammengetreten, um den

Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen zu beraten. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit zu wüsten Gröteszen gegen die neue Verfassung. Sie brachten wegen der neuen Befehle der Reichsregierung zugleich ein Mißtrauensvotum gegen — das preußische Kabinett ein. Auch sonst machten sie während der Sitzung wüsten Lärm und überlegten sich in Schimpfparolen gegen Gott und die Welt. Abg. Schmeier (Komm.) beantragte die Verbetragung des Ministerpräsidenten. Abg. Schulz-Neußlin (Komm.): Der Ministerpräsident soll selbst seine Schimpfparolen verteidigen. (Stürmischer Beifall und Händelstößen bei den Komm., dreimaliger Riederuff gegen Ditt. Braun. — Abg. Ruffe:

Welcher Turkestaner hat Euch denn wieder die Komödie besoffen? (Heulstert und Beifall links und in der Mitte). — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. (Neue Mißbilligung).

Kultusminister Dr. Grimme

begünstigte dann nämlich die Vorlage. Grimme mis einleitend darauf hin, daß der preußische Landtag durch Mehrheitsbeschlüsse vor zwei Jahren das Staatsministerium beauftragt habe, einen Vertrag mit den evangelischen Kirchen abzuschließen, die die Regierung im Auftrag der Landtage fastberühmlich habe erfüllen müssen. Auf Grund der Weimarer Verfassung sei der Staat zu erheblichen Leistungen an die Kirche gezwungen, die Kirche ihrerseits aber ohne alle Bindungen gegenüber dem Staat. In dem neuen Kirchenvertrag müsse die evangelische Kirche die Verpflichtung übernehmen, nichts Feindseliges mehr gegen den Freistaat zu unternehmen. Grundprinzip des gegenwärtigen Staates sei volle Parität gegenüber allen Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften.

Für die Sozialdemokratische Fraktion

gab Abg. Ridders die Erklärung ab, daß sie ihre endgültige Stellungnahme erst bei der dritten Lesung fällen werden. Für den Vertrag spreche die Parität, den Evangelischen nicht zu verweigern, was die Katholiken betreffen hätten, eben, daß die preußischen Kirchenverträge im Gegensatz zu den bayerischen das gesamte Schutzeisen als reine Staatsangelegenheit völlig unberührt lassen. Gegen den Vertrag spreche, daß eine paritätische Behandlung der Freireligiösen nicht erreicht sei, die große Finanznot des Staates und die reaktionäre Einstellung weltanschaulicher Kreise. Ridders mis u. a. auch auf die unzureichenden Erklärungen der Staatsministerialkommission hin, die die evangelischen Kirchenverträge habe niemals das Treiben der Reichsradikalen als unendlich abgelehnt, während das katholische Episkopat das heulig getan hat. Ridders erinnerte schließlich noch daran, daß, als feinerzeit der preußische Landtag einen Vertrag zwischen dem Staat und den evangelischen Landeskirchen gefordert habe, die Sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten hätte. Das jetzige, daß die jetzt vorhandenen Bedenken von der Sozialdemokratie schon vor zwei Jahren richtig erkannt worden seien.

Die Stellung der übrigen Parteien.

Abg. Kusländer (Komm.): Die christliche Kirche ist der Kulturfeind.

Abg. Stendel (DVP): Wir behauern außerordentlich, daß für Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche nicht ein obligatorisches Schiedsgericht vorgezogen ist. Ein Teil meiner Freunde wird daher den Vertrag ablehnen.

Abg. Bader (Deutsche Fraktion): Wir wollen nicht die Gleichberechtigung der Weltanschauungen, sondern den christlichen Staat. Für uns ist dieser Vertrag kein befriedigender Ausdruck der historischen, kulturellen und nationalen Stellung der evangelischen Kirche in Preußen. Wir erhoffen in Abde eine Staatseinstellung, der auch die evangelischen Kirchen Vertrauen schenken können.

Abg. Graue (Sozialistische Partei): Gegen die Resolution, die diesen Vertrag forderte, haben vor zwei Jahren nur Kommunisten und Deutsche Sozialisten gestimmt. Wenn die Kommunisten hier von Ausplünderung des Staates und der Volkswaffen zu Gunsten der Pfaffen sprechen, so stellen wir die einfache Tatsache fest: der Vertrag erhöht die Kirchenrenten um 1,2 Millionen; aber die gegenwärtige Regierung und der gegenwärtige Landtag haben den

Staatszuschuß an die evangelische Kirche um 7 Millionen gekürzt.

Abg. Hestermann (DVP): Wir begrüßen dieses Friedensrecht. Abg. Lindner (Christl.-los. Volksbew.): Unsere ursprünglichen Bedenken gegen den Vertrag sind nach seiner Annahme durch die obersten Kirchenbehörden geklärt worden.

Abg. Dr. Graf von Bismarck: Dieser Vertrag ist mit der Reichsverfassung unvereinbar. Die Weimarer Verfassung gewährt den Kirchen unbedingte Freiheit und Selbständigkeit in allen inneren Entscheidungen. Aber

durch diesen Vertrag macht sich die Kirche abhängig von den wechselnden Exponenten der wechselnden politischen Mehrheiten. Das geschieht aus finanziellen Gründen. Die Kirche hat damit weltweite gehandelt aber vom Geste Kuhers war in der Generalsynode keine Spur.

Abg. Schulz-Neußlin (Komm.): Wir werden die Kirche zerschanden (Zurufe bei den Komm.)

Allen Kirchen den roten Hahn aufs Dach! Nieder mit den Pfaffen! Nieder mit Weining und nieder mit Braun-Severing! (Stürmischer Beifall und Händelstößen bei den Kommunisten).

Der Kirchenvertrag wird am Dienstag im Hauptsaal des Reichstages, die zweite Lesung findet am Mittwoch statt.

Genossenschaftler in Magdeburg.

Magdeburg, 8. Juni. (Eig. Draht.) Am Montag wurde in Magdeburg der 28. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in der seitlich gekümmten Stadthalle vom Genor der Genossenschaftsbewegung Heinrich Lorenz eröffnet. Dr. G. Lorenz (Komm.): Die Weimarer Verfassung gewährt den Kirchen unbedingte Freiheit und Selbständigkeit in allen inneren Entscheidungen. Aber

durch diesen Vertrag macht sich die Kirche abhängig von den wechselnden Exponenten der wechselnden politischen Mehrheiten. Das geschieht aus finanziellen Gründen. Die Kirche hat damit weltweite gehandelt aber vom Geste Kuhers war in der Generalsynode keine Spur.

Den Daumen aufs Auge...

Auf dem Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde die gegenwärtige politisch-wirtschaftliche Krisenzeit nicht zu Unrecht mit der kritischen Lage im Infektionsjahr 1923 verglichen. Tatsächlich häufen sich die Anzeichen schwerer Not, die dieses Jahr auszeichnen. Aber es häufen sich auch die Rezipie politischer Quaderfäden, die allem Elend Heilung bringen sollen.

Wie damals, so reden sich auch jetzt wieder die unheimlichen Befürchtungen, die bei freundlicher Witterung ins Nichts zerflatterten, aber bei Nebel und Sturm wieder sich bemerkbar machen: die Gespenster der politischen Gemaltheorien. Es ist ficher kein Zufall, daß die Aufstiege vom Sozialismus gerade im Frühjahr 1923 die gleiche Sprache sprachen, wie sie jetzt im Frühjahr 1931 angewendet wird. Und noch weniger Zufall, daß die Rechtsradikalen heute mit gleicher Biederigkeit und mit gleich düsterer Prophetenmiese um die Gunst des Volkes werben, wie damals. Zwar hat Hitler mit Röhm und seiner sonstigen Kumpanei den Bürgerbräu-Putsch von 1923 vergessen, zwar schwören sie heute jeden gemühten Eid auf ihre „Legallität“, aber die Praxis ihrer organisierten Bande straft sie an jedem Tage Aügen.

Es ist nur ein Symptom der Lage, daß der „Stahlhelm“, nachdem er eben erst mit allen Mitteln der Fäulung und der demagogischen Verheißung bei seinem „Volksgehören“ gegen das demokratische Preußen sein politisch-reaktionäres Gesicht gezeigt hatte, jetzt bei seinem Aufmarsch im Osten vor den Rudimenten der Vergangenheit nationalfeindliche Tropfen überseht und auch über die Grenze sandte. Ein Symptom, das unterirdisch wurde durch einen simplen Weißfischer, der aus der Rede des Dufterberg das Land Italien aus der Reihe derer auslöschte, in denen deutsche Widerheiten unter fremdenationalem Terror seufzen. Das Land Mussolinis, das Land des blutbesiedelten Faschismus, ist für die Nationalisten des Stahlhelms heilig geworden, seit die Abordnung dieses Bundes „deutscher“ Frontkämpfer dem Herrn Mussolini höchstpersönlich ins schlagfrische Auge schloßen durfte. Deutscher-Eitel — das ist ein Begriff, der beim „Stahlhelm“ unstant geworden ist, seit er sich an der Sonne des Kriegsherrn Mussolini hat wärmen dürfen.

Dafür aber schwenkt der „Stahlhelm“ fröhlich ein in die Front der deutschen Faschisten, die dem Drogen-Markismus zu töten sich vernimmt. Die oberbehangenen „Prinzgen“, die mit ihm parodieren, wissen, was sie diesem „Bund der Frontkämpfer“ schulbig sind, der die Gegenwart mit der Mehrheit betraugt und hypnotisiert in der Vergangenheit seine Zukunft sucht.

Derweil üben die Hakenkreuzler, die sich um Adolf Hitler scharen, sich weiter in der Vorbereitung des „legalen“ Hochverrats. Leute, die sie aus nächster Nähe kennen, machen sich freilich über die Politik des „Braunen Saufes“ wie der „braunen Fendern“ lustig, wie etwa Reichsbank-Präsident, der noch vor kurzem mit ihnen in Reich und Ostland wand. Aber auf diejenigen, die politisch nicht geschult sind, von der Gegenwart zum Fortschritt getrieben wurden, wirkt die frustulose Großmäuligkeit einstimmen noch immer anziehend. Es ist deshalb nicht vermerkt, daß die — sonst so talentlose — Reichstagsfraktion der Arbeitlosen

Diktatorien von dem Hakenkreuz mit einer Reihe von „Entschuldigungen“ an die Öffentlichkeit trat, die an Unverfrorenheit ihresgleichen selbst in der deutschen Geschichte sucht. Diese Prebiger der offenen Gewalt, diese Propagandisten des „Röppelens“, diese Vorkämpfer des Farnemores stellen sich entrückt darüber, daß die Rotenordnung zur Befestigung politischer Ausschreitungen auch gegen ihre Anhänger Anwendung findet. Und sie wagen es, über Verletzung demokratischer Grundgesetze zu sprechen, die sie selbst in die Tiefen der Hölle münzigen.

Damit kein Mißverständnis entsteht: Ein erster und würdiger Protest gegen weltliche oder verneinliche Mißgriffe steht selbstverständlich auch dem an, der ein grundsätzlicher Gegner des herrschenden Systems ist. Besonders die Demokratie muß mit solchem Protest nicht nur rechnen, sie muß ihn auch beachten, wenn er einen Schimmer der Berechtigung hat. Aber von denen erlassen, die ihn mit unerschütterlicher Wut gerade an den Reichspräsidenten richteten, den sie selbst nach eigenem Eingeständnis gemäß haben, wirkt dieser Protest als eine heuchlerische innerlich unmaßvolle Aufhebung einer grundsätzlichen nur auf die Gewalt poßenden Verfassungsgewalt. Er ist nur ein neues Zeichen für die Art der Mittelmäßigkeit, die der Faschismus in Deutschland neuerdings entfaltet, nachdem sein „Wahltag“ vom 14. September mit dem dramatischen Rückzug aus dem Reichstag geendet hat.

Stahlhelm-Aufmarsch und Hakenkreuz-Aktivität erhalten aber erst ihre rechte Bedeutung durch das Wiederauftreten der Ritter vom Stahl, wie es unter der Firma des Langnam-Vereins in Düsseldorf geschah. Ganz wie im Frühjahr 1923 weisen diese „Industrieleiter“ plötzlich ihre Wunderrezepte vor: Freiheit der Wirtschaft, Aufhebung des Tarifrechts, Ausbeutungsfreiheit für jeden Kapitän der Industrie, Vorkauf aller staatlichen Einrichtungen in den Wirtschaftsprozess und schließlich als Allheilmittel für jedes Uebel, das aus der Krise des Kapitalismus erwächst, das „Diktatorium“. Das heißt die Diktatur der Schwärze in der Industrie, ausgeübt durch politische Vertrauensmänner des reichsfeindlichen Scharmachtsystems!

Die Töne sind nicht unbekannt. Sie sind ferner schon sehr alt, aber noch nicht alt genug, als daß man vergessen hätte, wie einst die gleiche Gruppe von Scharmachtsführern dem königlich preußischen Ministerium, das sozialer Umwandlungen verdächtig schien, den „Herrschaftspunkt ins Auge drücken“ ließ. Auch nicht alt genug, um das schmähvolle Vergehen dieser Wirtschaftsführer im Jahr 1918 wie 1923 vergessen zu lassen.

Aber je find doch wieder neu genug, um zu erkennen, wie die schwerkapitalistischen Interessen zusammenfallen mit dem Aufmarsch der Faschisten über Grabe und Wägen. Und deshalb find sie ein Signal für alle, denen an demokratischer Selbstbestimmung und an sozialistischer Gestaltung gelegen ist. Ein Signal, das aufricht zur Abwehr und zur strengen Kampfbereitschaft. An den Bauern der organisierten in sich einigen Arbeiterklasse wird jeder Anruf zu erschellen. Und schließlich heißt es: den Faschismus mit allen Sern, dem kapitalistischen Herrschaft aber — den Daumen ins Auge, das Auge auf die Brust!

Greift Amerika zur Rettung Deutschlands ein?



Der amerikanische Schatzsekretär Mellon

tritt wie sein Rabinetskollege Estinon noch im Juli eine längere Europareise an, um mit den europäischen Kabinetten die deutsche Zahlungsschwäche zu erörtern.



Senator Borah

einer der maßgebenden Parlamentarier Amerikas, trat in einer auffehenden Rede in Washington für eine Revision der deutschen Zahlungsschwäche ein, da die europäischen Gläubiger Deutschlands durch den Zahlungsweltkampf ihre Verpflichtungen aus dem Verfaller Vertrag nicht erfüllt hätten.

Henderjon kommt nach Berlin.

London, 9. Juni. (Eig. Draht.) Der englische Außenminister Henderjon wird den Besuch des Reichsanzlegers Dr. Brünning und Außenministers Dr. Curtius aller Wahrscheinlichkeit nach noch im Laufe des Sommers in Berlin erwidern. Der genaue Termin des Besuchs soll schon demnächst vereinbart werden.

Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Montag in Berlin wieder aufgenommen worden. Deutscherseits werden sie von Ministerialdirektor Rolfe geführt.

Der preußische Landtag wird nach dem Beschluß des Reichstages in der Zeit vom 7.—13. Juli eine kurze Sommerpause abhalten. In dieser Zeit soll u. a. auch zu dem Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des preußischen Landtags Stellung genommen werden.

Cabin begnadigt. Der Reichspräsident hat dem Hakenkreuzmitglied des im Leipziger Reichstagswahlkampf verurteilten Leutnants D. D. D. einlassen. Rubin ist bereits am Sonnabend aus der Festungshaft entlassen worden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt am Donnerstag zusammen. Laut Antrag verschiedener Ortsgruppen wird die Bildung neuer Regierungen im Reich und in Preußen gefordert. Diese Regierungen sollen auf „breiter nationaler Basis“ gebildet werden, d. h. mit Einschluß der Nationalsozialisten.

Der waldige Gelände in Berlin, Honold, hat den badischen Staatspräsidenten gebeten, ihm bis zum Spätherbst dieses Jahres einen Bericht auf jede Revision von seinem Amte zu ermbitten. Die Gründe des Reichstagspräsidenten sollen in Meinungsverschiedenheiten mit der vorgelegten Behörde in Karlsruhe zu finden sein. Ungefähr beabsichtigt Honold, sich in Karlsruhe wieder als Reichsamt niederzulassen.

Aus aller Welt

Der Brand des Münchener Glaspalastes.

Wodurch ist das Feuer entstanden?

München, 8. Juni. (Eig.) Die Untersuchung über die Ursache der Brandkatastrophe im Münchener Glaspalast ist noch nicht abgeschlossen. Nach einer amtlichen Mitteilung der Polizei ergaben die bisherigen Feststellungen keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß vorsätzliche Brandstiftung am Werke gewesen ist. Dagegen deuten die Ergebnisse mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hin, daß Selbstentzündung durch chemische Vorgänge die Ursache des Brandes ist.

In einem der Räume, in denen die Gemälde der Romantiker hingewand, waren am Freitag von 18—21 Uhr auftragsgemäß Maler damit beschäftigt, die graue Fönung der Holzvertelung zu entfernen und durch eine andere Farbe zu ersetzen. Das Entfernen geschah in der üblichen Weise mit Lappen aus Wollstoff, die mit einer Mischung von Benzol und Terpentin getränkt waren. Nach Arbeitspausen, die durch die eintretende Dunkelheit bedingt war, wurden die Lappen in den dazu bestimmten Aufwahrungsraum für die Malergeräte gepackt, der an den Kopfenraum der Barriere grenzte. Nach übereinstimmenden Aussagen der Beobachter soll der Brand tatsächlich auch in diesem Zeit ausgebrochen sein. Der mit den Arbeiten betraute Malermeister, der mit mehreren Selbstentzündung, bestreitet allerdings, die Möglichkeit einer solchen Selbstentzündung. In seiner mehr als zwanzigjährigen Praxis sei ihm kein einziger derartiger Fall vorgekommen oder bekannt geworden. Seine Worte seien über die Feuergefährlichkeit im Glaspalast eingehend untersucht gewesen und deshalb hätte auch keine von ihnen Streckschäden bei sich geführt. Das Randverbot sei strikte eingehalten worden.

Die Sachverständigenkommission wird im Laufe des Montag an der Brandstätte selbst ihre Untersuchungen fortsetzen.

Mitache. Unlässlich einer Zigeunerhochzeit in Besenik (Mähren) gerieten zwei Stämme in eine Schlägerei, weil der Stamm für die Ermordung eines seiner Angehörigen nach nehmen wollte. Wie einer der Zigeuner durch einen Stich in den Hals tödlich verletzt wurde, führten Mitglieder der gegenüberliegenden Gruppe das hinter dem Dorf gelegene Lager der „Feinde“ und erschloßen dort das jüngste Kind des Anführers. Zum Schluß wurde das eine Zigeunergescheide in Brand gesetzt. Gendarmen trennte die blutdürstigen Gesellen und verhaftete die Räuberführer.

Verlorenes Kunstwerk.



„Des Knaben Wunderhorn“ von Moritz v. Schwind.

Unter der etwa 3000 feet hohen Wand des Münchener Glaspalastes verblieben demnach befindet sich auch das obige prächtige Bild aus der deutschen Romantik.

Die personifizierte Ritterlichkeit.

Das Amisgericht Deggendorf (Bayern) verurteilte den Fürsten Joachim von Camaruzene zu drei Wochen Gefängnis, weil er die Wilschitz'schen von Josenhof und Bergen, mit der er zusammen auf Schloss Egg wohnt, amüslich eines Wortwechsels auf offener Straße vor den Augen des „niederen“ Volkes so kräftig geübt hätte, daß sie halb ohnmächtig zusammenbrach. Das Deggendorfer Amisgericht begründete seinen Spruch mit den originalen Worten: „Ein Mannsbild, das sich an einer alten gebräunten Frau vergreift, gehört schwer bestraft, noch dazu, wenn er sich fürstlich nennt und als solcher die personifizierte Ritterlichkeit sein muß.“

Großes Geschäft in Flugzeugen. Während der Luftausstellung in Detroit wurden 635 Aeroplane verkauft.

78jährige läßt sich scheiden. In Syracuse im USA-Staat Remont verließ eine 78jährige Frau das Ehestandesverhältnis gegen ihren Mann ein, der ebenfalls 78 Jahre alt ist. Als Grund gibt die Frau an, daß ihr Mann beim Ausfahren zu schnell fahre.

Schlimmer Unfall. Während der Fahrt in einem Auto in der Nähe von Sao Paulo (Argentinien) sprang ein verärgertes Pferd in das Auto und verletzte die Insassen so schwer, daß sie bald darauf verstarben. Der Fahrer war die Schlagader aufgerissen worden.

Neuer Stern entdeckt. Dr. Hallett vom Dominion Astrophysical Observatorium in Victoria gab bekannt, daß er zusammen mit Dr. Pierce einen Stern mittlerer Größe entdeckt habe.

Brennendes Eisenwerk. In Norfolk (Virginia) entstand im Hafen durch eine Explosion auf einem Tankerschiff ein riesiger Brand. In einer Ausdehnung von etwa sechs Häuserhöhen brannten Bürohäuser und Speicher bis auf die Grundmauern nieder. In einem nahegelegenen Ziehhaus verursachte die riesige Rauchentwicklung panische Erregung. Um den gemaltigen Brand zu bewältigen, mußten Marineeinheiten zur Hilfe herangezogen werden. Zwanzig Personen wurden schwer verletzt.

Renntaxi-Schiff. Der bekannte österreichische Rennfahrer Schöpf verunglückte bei einem Autorennen „Kings um Vennberg“ so schwer, daß er mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen in ein Krankenhaus überführt werden mußte. Mit sechs Wagen mit höchster Geschwindigkeit eine Kurve nahm, verlor er ein Rad und überfiel sich.

Nazi-Revolvereinfälle gegen die Kunst. Zu geradezu unglaublichen Stenaktionen kam es im Kurtheater von Bad Homburg anlässlich der Uraufführung eines Scherzspiels „Reinette Juch“. Da die Nationalsozialisten in Erfahrung gebracht hatten, daß der unter einem Pseudonym in Erscheinung getretene Autor des Stüdes der Verleger der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Heinrich Simon war, verließen sie unter obrenthütendem Arm die Aufführung zu verhindern. Um ihrem artistischen Gefühl der nötigen Raubdruck zu verleißen, gaben sie zahlreiche Revolvereinfälle ab. Unter den Theaterbesuchern, darunter vielen Kindern, brach eine riesige Panik aus. Polizei mußte schließlich in das Theater einbringen, um die tobenden Nazis zur Vernunft zu bringen.

Arbeiterstod. Beim Ausladen von Zementfäßen brach in Bessels die Berdun ein Stöpel zusammen und begrub drei Arbeiter unter sich. Ein Arbeiter wurde getötet, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Jugentalteppich. Auf der Bahnlinie von Brunnel am Ausgang des Dorfes Wilsendorf (Oberfranken) ereignete sich ein schweres Zug-unglück. Vier einseitige Streife wurden voll besetzte Personenzüge in schneller Fahrt aufeinander. Beide Waggonsführer wurden schwer verletzt, insgesamt 12 Personen wurden in Krankenhaus überführt werden. Einer der Waggonsführer fuhr trotz ungenügender Besichtigungen entgegen. 15 Reisende wurden von den Sanitätsmannschaften an Ort und Stelle verstorben. Ein Mißverständnis bei der Signalgebung scheint die Ursache des Unglücks gewesen zu sein.

Das Erd- und Seeboden im südwestlichen Nordseebecken, von dem in der Nacht zum Sonntag die englische Hauptstadt betroffen wurde, ist auch auf vielen Plätzen in Holland wahrgenommen worden. Am stärksten machte sich das Beben auf der Insel Texel bemerkbar, wo nachts um 2 Uhr die gesamte Bevölkerung erschrocken wurde. In der Provinz Nordholland fielen in Bergen auch Silber von den Wänden. Im Saarnem wurden viele Bewohner durch ein lautes unterirdisches Geräusch geweckt. In der Provinz Südholland machten sich namentlich im Saag Erdbeben bemerkbar. Sie trafen jedoch auf den Norden der Stadt und Scheveningen beschränkt. Hier trat das Erdbeben ziemlich heftig auf. Weitere Beobachtungen werden aus Vlaar und Deventer gemeldet.

Die Kraftprobe in Rom.

Kaum zwei Jahre nach dem Abbruch des Lateran-Vertrages ist zwischen der katholischen Regierung Italiens und dem Vatikan ein Konflikt ausgebrochen, der vielleicht die schwerste Belastung für das Regime Mussolinis seit 1924 darstellt, also seit der Ermordung Matteottis und dem Sturz der Entführung der damals nahe daran war, den schuldigen Diktator wegzuführen.

Die Ursachen dieses Konfliktes liegen in dem für beide Teile entscheidenden Problem der Jugendergiehung. Das Konkordat hat zwar die Vorkerschtheit der Kirche auf religiösem Gebiet anerkannt, aber über die Grenzen dieses Gebietes — vielleicht nicht ohne Absicht — Unklarheiten bestehen lassen. Das Ziel des Faschismus ist, den Menschen in seiner „Totalität“ — eben mit Ausnahme der Religion — zu erziehen und zu beherrschen. Von der Wiege bis zum Grabe soll er lediglich ein Werkzeug des faschistischen Staates sein, soll er keine andere Meinung haben und kennen als die herrschende Regimes, soll er keine Handlung begehen, die nicht dem Faschismus dient. Deshalb ist es für den Faschismus eine Lebensfrage, gerade die neue Generation, die Jugend, ganz mit seinem Geiste zu erfüllen und jeden nicht-faschistischen Einfluß von den Kindern fernzuhalten.

Für die Kirche aber hat sich in der zweijährigen Praxis des Lateran-Vertrages herausgestellt, daß die Befruchtung ihres Einflusses auf die rein religiöse Erziehung ein Ding der Unmöglichkeit ist, da ein Widerspruch in sich ist. Die Grundlehren des Christentums: Nächstenliebe, Friede, Barmherzigkeit stehen im schroffen Gegensatz zu der Ideologie des Faschismus, die auf Maß, Krieg und Bereichungsmittel beruht. Die Kinder, die im Faschismus die Lehren Christi hören und denen gleich danach in der faschistischen „Militia“ die Anbetung der Gewalt nach innen und nach außen eingeprägt wird, müssen verzerrt und in ihrem unbedingten Glauben an die Vorschriften und Grundzüge der katholischen Religion erschüttert werden. Man kann eben nicht zweien Herren dienen, zumal wenn sie diametral entgegengesetzte Anschauungen predigen und dennoch beide restlos Unterwerfung verlangen.

Deshalb hat die Kirche versucht, ihre Jugendorganisationen nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern. Sie wollten nicht nur der religiösen Formung der Jugend dienen, sondern auch ihre geistige und sogar ihre politische Gestaltung beeinflussen. Der Faschismus aber widersteht dem ungeheurem Widerstand: er ist immer nur trotz allen gegenteiligen Behauptungen, trotz allem „Reibisitz“-Schwindel die Gewalt herrschaft einer Winderheit geblieben. Er hat zwar die Meinungsfreiheit äußerlich vollkommen ausgerottet, aber er führt sich noch wie vor unversiegt, und er fürchtet, daß die Meinungsfreiheit in irgend einer Form und an irgend einer Stelle wieder aufleben könnte. In dem Bestreben der Kirche, die Jugend auch auf Gebieten zu beeinflussen, die über das rein Religiöse hinausgehen, erhöht der Faschismus den Widerstand, ihm seine „Totalitäts“-Ansprüche auf die verlebende italienische Generation freilich zu machen. Diese Gefahr wurde sogar die kirchliche Leiter des Faschismus, die amfischen Jugendleiter und Führer der Arbeiterorganisationen, früher und unmittelbar empfunden haben als die Regierung Mussolinis. Sie konnten tagaus, tagein beobachten, wie die geistliche Konkurrenz ihnen die Seelen abspenstig machte, während die Spitzen der Regierung weiter das Märchen eines einträchtigen Zusammenwirkens zwischen Staat und Kirche auf der Grundlage des Konkordats aufrechtzuerhalten versuchten. Diese Gefahr bedrohte den faschistischen Staatsapparat umso mehr, als in Folge der Wirkungslosigkeit der Arbeitlosigkeit, der hohen Steuern, der Preissteigerungen die Inflationen mit dem faschistischen Regime um sich greift, die umso bedenklicher ist, als das notwendige Bemühen der Meinungsfreiheit, der öffentlichen Kritik in Presse und Parlament verstopft bleibt.

In dieser Situation mußte der Faschismus die Konsequenzen

ziehen. Den äußeren Anlaß dazu bildeten die Enthüllungen über verdeckte Verhandlungen in den letzten Kämpferkreisen der katholischen Aktion: dort soll die Parole ausgegeben worden sein, die Werbearbeit für die katholischen Ideen und Organisationen zwar vorzuziehen, aber zielbewußt fortzuführen, und zwar nur in dem Maße, auf religiösem, in Wirklichkeit auch auf allgemein-politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Das Beispiel Spaniens sei als Warnung gerade für die Kirche erörtert worden.

Die Wirkung dieser Enthüllungen im Organ der „Korporationen“, im „Lavoro Fascista“ war geradezu explosiv: Mißhandlungen von Geistlichen, Verprügelungen von Angehörigen der katholischen Verbände, maßlose Beschimpfungen ihrer Führer in der faschistischen Presse, öffentliche Schmäherie gegen den Vatikan und Verurteilung seines Bistums — so reagierte ein Teil der Masse der fanatischen Faschisten und nicht wenige ihrer Unterführer. Die Generation der katholischen Seite feierte nur die Wit der Anhänger des verstorbenen Regimes. Die Regierung hat keineswegs befalligend eingegriffen — vielleicht wollte sie es nicht, vielleicht konnte oder wollte sie es nicht mehr aus Angst vor ihren eigenen Prätorianern: sie hat zu einem großen Schläge ausgehört und die meisten katholischen Verbände e'mach aufgelöst. Andererseits hat der Vatikan neben anderen Demonstrationen Gegenmaßnahmen ergriffen, die noch die Schärfe verleißen, was überaus feil Schreien an öffentliche Versammlungen des faschistischen Geistes und der faschistischen Methoden innerhalb der Grenzen dieses Zuständigkeitsbereichs ausgesprochen worden ist.

Entsprechend den Bestimmungen des Konkordats ist nun der Konflikt zum Gegenstand von diplomatischen Vertretungen und Verhandlungen gemacht worden. Vielleicht gelingt es, auf diese Art, eine Kampfpause zu schaffen, bis die Überbrückung des Gegenstandes erfolgt und wieder Beruhigung eintritt. Aber selbst wenn das gelingt, es wird bestenfalls eine vorübergehende Beruhigung des Konfliktes zwischen Faschistenstaat und katholischer Kirche zu erreichen sein. Der oben skizzierte tiefe Widerspruch zwischen dem Totalitäts-Ansprüchen des Faschismus und den Erziehungsgesetzungen der Kirche ist auf die Dauer unüberbrückbar.

So paradox es auch klingen mag, die katholische Kirche stellt gegenwärtig in Italien den letzten Rest der Meinungsfreiheit und geistiger Selbstständigkeit gegenüber dem Gewalt- und Episkopat Mussolinis dar. An dem Vatikan besitzt der Sozialismus alles eher denn einen Grund. Aber die Sympathien der internationalen Demokratie wenden sich natürlich inständig denen zu, die zur Zeit allein im Stande sind, dem Faschismus Widerstand zu leisten. Die Politik des Vatikans gegenüber Mussolini war bis her reichlich unübersichtlich und ganz unverständlich, gerade vom Standpunkt der christlichen Lehre. Sie hat allerdings durch den Lateran-Vertrag beträchtliche Vorteile für die katholische Kirche erzielt, insbesondere die prinzipielle Wiederherstellung des Kirchenstaates, was auch nur in sehr beschränkten Grenzen, sowie die Anerkennung des päpstlichen Stuhles als weltliche Macht durch seinen fast sechshundertjährigen Lobdienen, das italienische Königreich. Für den Vatikan war dies ein ungeheurer Erfolg, der sich nicht wieder rückgängig machen läßt. In diesem Bemühen läßt der Katholizismus jetzt weiter vor und begegnet dabei natürlich dem verzelebten Widerstand des Faschismus. Wer bei dieser Kraftprobe schließlich liegen wird, ist nicht zweifelhaft: die katholische Kirche ist in der Geschichte aus vielen unterlegen, in diesem Falle kämpft sie nicht allein, sondern mit der moralischen Unterstützung aller antifa-schistischen und demokratischen Kräfte Italiens und der ganzen Welt; auch solcher, die sonst keine Freunde des Katholizismus sind, die aber erkennen, daß der Faschismus unangenehm ist und daß jeder Bundesgenosse gegen ihn willkommen ist.

Kein Raubüberfall in Chicago, fordern Geldtransport einer Berliner Großbank.



Schuhbrettle Privatpolizei beobachtet das Verladen eines Geld-Transports.

Die Großbanken haben gegen Mitte und Ende jeden Monats große Bargeldsummen von der Reichsbank zu holen und für ihre Kunden bereitzustellen. Da man bei der Höhe der Summen (oft für 20 Millionen in einem Transport) stets auf eine Leberumplanung durch verwegene Verbrecher gefaßt sein muß, lassen die Banken ihre Transporte durch besonders ausgebildete Privatpolizei streng bewachen.

Letzte Nachrichten (Elaene Suat- und Drahtberichte)

Für dreißigjähriges Anoratorium.

Newport, 9. Juni. (Zetunion). Aus Washington wird gemeldet, daß der republikanische Senator Bingham (Connecticut) eine vierseitige Erklärung abgab, worin er sich gegen eine Erziehung und Heraushebung der interalliierten Schulden aussprach. Dagegen befürwortete Bingham einen dreißigjährigen Zahlungsaußschuß, um Europa einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

Ein Erfolg von Chequers.

Berlin, 9. Juni. (E3). Ein Berliner Blatt meldet heute, daß die Reichsregierung der Bank für internationalen Zahlungen in Paris auf die Wichtigkeit nach schon in allerhöchster Zeit die Mitteilung machen werde, daß sie von dem Rest Gebrauch machen werde, den Transfer des in dem Saager Abkommen als aufzubehalten bezeichneten Teils der laufenden Annuität aufzulösen. Durch diese Erklärung werde der Weg zur Abschaffung des Youngplans freigemacht.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte bei einem Autounfall.

Sagen, 9. Juni. (Zetunion). Am Montagabend ereignete sich in der Unglücksfalle am der Fünftener Straße ein schweres Autounfall. Ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen eines Kaufmanns aus Hülten geriet auf der nassen Straße ins Schleudern, raste gegen einen Hauseingang und wurde vollkommen zertrümmert. Einer der Insassen wurde auf der Stelle getötet, zwei andere trugen schwere Verletzungen davon, während die übrigen beiden Insassen mit leichten Verletzungen davonkamen.

Mörder festgenommen.

Friedland (Redt), 9. Juni. (Eig. Dr.). Am Montagvormittag wurde hier unter dem dringenden Verdacht, im Sommer 1922 den Feldwächter Karl Stöding ermordet zu haben, der Fuhrmann Franz Strauß festgenommen. Strauß war von seiner Ehefrau, mit der er in Streit lebte, bei der Polizei angezeigt worden. Der Oberstaatsanwalt aus Neureuth und eine Untersuchungskommission sind in Friedland eingetroffen, um den mysteriösen Fall zu klären.

Die spanischen Monarchisten in Not.

Madrid, 9. Juni. (E3). Die monarchistischen Vereinigungen Spaniens haben beschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen Stimmhaltung zu üben. Angeblich weil die Regierung jede Opposition unmöglich mache, in Wirklichkeit jedoch, weil ihre Lage völlig hoffnungslos ist und sie nicht einmal die Aussicht besitzen, ein Dutzend Mandate zu erlangen.

Der Vetter des mexikanischen Präsidenten aus Terefen in USA erschossen.

Newport, 9. Juni. (Zetunion). Aus Ardmore (Oklahoma) wird gemeldet, daß Emile Oreg Rubio, der Vetter des mexikanischen Präsidenten, nebst seinem Begleiter, Manuel Gomez, auf einer Autofahrt von einem Polizisten erschossen wurden, der die beiden Männer mit Banditen verwechselte.

Kürze, Sachlichkeit

fordern wir von all denen, die für uns schreiben. Richtet dich danach, wenn du uns Neuigkeiten mitteilst, deren Augenzeuge du warst und die von allem Interesse sind.

Die Arbeiter-Zelung muss vorbildlich sein

Wir stehen jetzt mitten in der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche. Der Sonntag brachte die mit Spannung erwartete Cigarette zwischen 60 Räuern und 2 Radfahrern, die mit einem Siege der Radfahrer endete. Mit 600 m Vorsprung gingen sie durchs Ziel. Die Handballspiele am Nachmittag litten sehr unter der Langeweile der Zuschauer. Manchmal ärgerten diese Handballspiele mehr Wasserballspiele.

Der Montag und der Dienstag blieben veranstaltungsfrei. Der Mittwoch bringt den zur Tradition gewordenen Eierlauf der Sportler. Alle Sportvereine haben bereits ihre Mitglieder aufgefordert, sich in den Vereinslokalen einzufinden. Hoffentlich bleibt das Wetter günstig, damit aus dem Eierlauf nicht ein Eierfahnenwettbewerb werden braucht. Auch schon wegen der auf dem Dampfbahn geplanten sportlichen und gelauglichen Darbietungen, die stattfinden werden, sobald die Sportler eingetroffen sind, wäre schönes Wetter erwünscht. Gerade die Veranstaltung hat in jedem Jahre immer sehr viele Zuschauer angezogen. Etwas vor der Dampfbahn sind die Veranstaltungen dicht mit Menschen umfäumt.

Die nächste Veranstaltung im Rahmen der R. A. S. W. ist der Operettenabend im Volkshaus. Dann folgt als Höhepunkt der Haupttag, der kommende Sonntag.

Nach mehr als bisher sollten die Sportler und Beamten darauf bedacht sein, die Wäsketten an den Mann zu bringen, damit diese Arbeit nicht erst am Sonntag zu erledigen braucht. Arbeit wird erpart und auch ein Bild über die finanzielle Lage ist so bereits viel früher und besser zu schaffen.

Wiso: Jeder nehme an der R. A. S. W. teil!

Angestellten-Vericherung.

Am Sonntag fand im „Halberstädter Hof“ eine Sitzung des Ortsausschusses der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung statt, zu der die Vertrauensmänner und Erbkämänner der Wahlkreise Halberstadt-Stadt und Halberstadt-Land zahlreich erschienen waren. Der Schriftführer Vertrauensmänner D. Schmidt gab einen Bericht über das Geschäftsjahr 1930, der erkennen ließ, daß die A.-V. ihre Aufwandsentscheidung trotz der ungenügenden Wirtschaftslage auf allen Gebieten, wie Beitragsansatz, Zinsesatz, Ueberhörsätze, Vermögensbildung, Verfallsbeitrag usw. vornehmen konnte. Die Beitragsentnahmen sind von 372 Millionen 1929 auf 385 Millionen 1930 gestiegen. Im Jahre 1930 wurden insgesamt etwa 170 Millionen Mark Renten und für Rückstellungen, Aufwendungen usw. 7,8 Millionen Mark gezahlt. Für Gesundheitsfürsorge wurden etwa 27 Millionen Mark aufgewendet. Auch für den Wohnungsbau wurden wieder rund 184 Millionen Mark langfristige zur Verfügung gestellt. Die Vermaltungsstellen betragen wieder 2,5 v. H. der Beitragsentnahmen. Der Revisionsbeamte der A.-V., Verwaltungsbeirat Dr. H. Orndorf aus Magdeburg berichtete über den Plan, die Krankheits- und Invalidenversicherung mit den Mitteln der A.-V. zu finanzieren. Das Ergebnis einer anschließenden lebhaften Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse:

„Die in der heutigen Sitzung des Ortsausschusses Halberstadt, (umfaßend die Wahlkreise Halberstadt-Stadt und Halberstadt-Land) anwesenden Vertrauensmänner und Erbkämänner protestieren energig gegen die Absicht der Invaliden- und Krankheitsversicherung auf Kosten der Angestelltenversicherung zu finanzieren und dadurch die Beitragsentnahme der A.-V. zu erhöhen. Es kann nur den Organen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte das Recht zugebilligt werden, über die die Kosten- und Familienunterstützung ohnehin nur bescheiden sichernden Rücklagen, die ohne jede finanziellen Zufüsse beschaffen werden, zu verfügen. Neben unserem Dank für das bisherige Wirken richten wir als dringende Bitte an die Organe der A.-V., den mitteilnehmenden Vätern mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Angestelltenversicherung als selbständige Fürsorgeeinrichtung erhalten bleibt.“

Nach weiteren Erklärungen über Leistungsfragen schloß der Obmann, Kaufmann Carl Wehndorn, die Sitzung mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, den Antrag auf Verbriefung u. Vermögensbestand der A.-V. abzuschließen und das Vermögen der Verbriefung reiflich den versicherten Angestellten zu erhalten.

* Wenn gehört der Gartenkisch. Bei der Kriminalpolizei liegt ein Bem Geld abgenommen 8 m langer schwarzer Gartenkisch zur Verfolgung für den Eigentümer bereit.

sich wieder in Bewegung. Gontard stand einen Augenblick still. Er war dunkel gefärbt wie immer, der steife, schwarze Zug deutete den Schmelz. In unbehaglicher Gespanntheit verparhte die Frau. Sie lag — den Körper halbteils aus der Richtung gedreht, aus der sie den Angriff des Feindes abtute — vom weichen Sommerfeld umflossen, menschenähnliches Bild dieses jungen Mannes. Durch den dünnen Stoff schimmte das lebendige Gefäch der Arme und Schultern. Auf dem blonden Haar, das vom Hut her freit war, lag schräg ein spitzer Sonnenhut. Schritte trittrsten. Lena fühlte, daß sie plötzlich ganz im Schatten lag. Eine Gestalt, noch ungenau, stand neben dem Tisch, und es war, als ob sie alles in ein lichtloses Grau hüllte. Die Gestalt lag nicht, und dieses Schmeigen hatte für die Frau, die mit abgekehrtem Gesicht im Stuhl lehnte, etwas Beklemmendes. Sie spürte auf einmal wie ein dumpfes Hämmern ihr Herz schlagen. In der Brust, im Hals, in den Schläfen. Eine Stimme neben ihr sprach, nach Schanden, raus, doch mit quodvoll beständigem Bemühen, sich Weidigkeit abzurufen.

„Ich sehe wie ein Better hier —“
Lena hatte erwartet, daß der Feind sich ihr mit der Sicherheit des Eroberers, der die ausgerichtete Festeung betritt, nähern würde. Sie hatte sich genau zurechtgelegt, wie sie ihm begegnen wollte. Seine Worte brachten sie aus der Fassung. Gontard stand noch immer säulenförmig. Die eisrige Kellnerin erschien und auf den Tisch zu. Man mußte etwas sagen. Alles lag so unfällig aus. Mit verfinstelter Weidigkeit machte Lena mit einer Werbung nach dem Feind, dessen eine einladende Handbewegung, während die Kellnerin sich in Stummigkeit war.

„Nehmen Sie Platz, Herr Gontard.“
Gontard setzte sich. Er nahm der Kellnerin, die ihm die Karte reichte, das weiße Blatt nicht aus der Hand, sondern bestellte in seiner gemächlichen Art, kurz und befehlend, ein Getränk. Schwieg wieder, nachdem sich das Mädchen entfernt hatte. Lena hatte sich ihm voll zugewandt.

„Das haben Sie sehr geschickt gemacht, Herr Gontard“, sagte sie vorhalten.

Siege Sicherheit war ins Wanken geraten, aber sie empfand keine Furcht mehr. Entschloßung, Kopfe es in ihr, Entschloßung! Es konnte ihr jetzt nicht mehr ratsig genug gehen. Gontard antwortete nicht gleich. Sein Stierkopf war über den Tisch wie zum Stoß gelenkt. Die Hände hielt er unter dem Tisch vergrämt zwischen den Knien, als wollte er sie verborgen. Keine Gebärde der Verbindlichkeit loderte seine Stellung, kein Wäskeln, eine Frau zu gewinnen, helle kein Gesicht, das die Farbe ausgebläuter Erdspalten trug.

Deutschnationale in Not.

am Halberstadt, 9. Juni.

Wer gestern abend den großen Stabparlament betrat, war doch einigermaßen erstaunt über den gletschermächtigen Beifall einer deutschnationalen Verpfändung, in welcher eine „Ranne“ der Jugenbergs Partei freiliegen sollte. So weil sie also der nationalsozialistischen Bewegung das in ganz Halberstadt über 200 Menschen mehr aufzubringen ließ, die das Bedürfnis haben, sich von dem Vertrauensmann Jugenbergs „auflauern“ zu lassen? Wo waren denn die Wähler? Alle zu stiller gelangten? Uns wurde gesagt, daß es in der letzten Parteiverammlung auch nicht anders ausgefallen habe. Also viel Geheiß und wenig Wille.

Dann trat der Vorkühende, Stahlhelmgenosse Winter, auf die Bretter und verkündete, daß die Deutschnationalen in einer Zeit größter Not und Notverordnungen lebten. Er stellte dann die Frage: wer eigentlich Not leide? Diese Frage war berechtigt, denn die Notion, welche die Republik Herrn Winter begehrt, ist hinter ihn noch so, daß er damit keine Not zu leiden braucht. Immerhin meinte er, wie lange man dann noch so viel Steuern zahlen sollte, wie uns die Notverordnung gumme. Zur Beantwortung dieser Frage überlegte er dann dem Referenten, Herrn Lauererz, Wdr., aus Berlin, das Wort.

Ein großer bieder Mann, Schwergewicht von Statur, erhebt sich von seinem Platz und leitet in die schwarzweißrote unmittelbare Rednertribüne. Das ist Herr Wilhelm Lauererz, Direktor bei der Reichsbahn in Berlin-Friedenau, einer von denjenigen, die zu Jugenbergs engstem Kreise gehören und der es sich als Beamter der Republik zur Aufgabe gemacht hat, die Republik in deren Dienst zu setzen, mit aller Geschäftigkeit zu bekämpfen. Dieser Mann jammert dann über die mangelnde Meinungsfreiheit in der deutschen Republik und denkt vielfach seinen Augenblick daran, wie es einem Beamten unter dem Kaiserreich ergangen wäre, der den Staat, in dessen Diensten er steht, so bekämpft hätte. Die Republik ist doch von einer schamhaften Duldamsheit oder sie ist so hart, daß sie sich diese Späße leisten kann.

Wit überhördeter Selbstgefälligkeit, in Ausdruck und Ton, läßt er dann einen Speer vom Stapel und befragt vor allen Dingen die Totenerklärung Brünings durch die Sozialdemokratie. Das ist eine Sache, die ihm nur nicht gefällt und noch weniger der Ausweg des sozialdemokratischen Parteitagelages in Bezug auf man „Eierkänge aufgeführt“ hätte. Er findet sich bei der nach seiner Meinung seltsamen Tatsache ab, daß die Sozialdemokratische Brünung weiter tolerieren werde. Auch über seine eigene Partei äußert er ein paar Worte und konstatiert, mit Befriedigung die Reinigung durch Jugenbergs, wodurch man die ungeschickten Kantonsisten losgeworden sei. Jetzt gelte nur noch eines, nämlich Jugenbergs Wille, der die Partei zum Siege führen würde. Sehr böse ist er auf seine ehemaligen Parteigenossen aus dem Treveranus-Lager zu sprechen. Auch auf Sozialisten. Und die Volkspartei nennt er die Partei der Dummköpfe, die mit der Mittelpartei zusammen mehr aufgebracht werde. Wäskelknoten und Sandkastl hätten ebenfalls keine Erfolgserwartung mehr. Die Sozialdemokratie aber betreibe mit der Totenerklärung Brünings ein Geschäft. Sie lasse Brünung um in Preußen Braun und Seering und deren System zu halten. Wie gut Herr Lauererz in diesem Punkte doch orientiert ist. Er stimmt dann eine Kammerarie über den Verfall der Demokratie an. Diese Brünung-Regierung habe von wahrhafter Demokratie gar keine Ahnung. Und die Weimarer Verfassung werde von den log. Parteialtparteien dauernd sabotiert. Ein unpolitischer Zustand ist das. Das ist ja schändliche Dummheit. Und dem Ende läßt er man auch mit dem Nazis aus dem Reichstage ausgeguckt. Aber nicht für immer. Wir werden, meint Herr Lauererz, mit erbittertem Zeigefinger, wieder kommen, wenn z. B. der Verfassungsausschuß die Reichstagsberatung beschließen sollte. Dann würden die Heiden

wieder in den Reichstag zurückkehren und die Rechte des Volkes verteidigen. Was sei das überhaupt für eine Art von Demokratie, in der die Aufhebung der Amnunität, die sonst die Untertanen immer geschützt hätten, beschlossen worden wäre. Der Redner sieht dann eine fächerartige Zeichnung aus: „Denn wir werden zur Macht gelangen!“ Wäskelknoten sprach Herr Lauererz dann immer über die Notverordnung und jammerte darüber, daß den Beamten und Gehilfenleistungen ihre soziale Lage erschwert würde. Auch für die Kriegsbefähigten hatte er einige erschwerende Gründe ein mißfällendes Wort. Von der Verschlechterung der Erwerbslosenerziehung, insbesondere von der ungleichen Bemessung der Kriegsteuer an Lohnsteuerpflichtige und Selbstverpflichtete, schloß der Redner vollkommen. Er stellte die Notverordnung schließlich als eine Folge der Jugendpolitik dar, der bekanntlich unmöglich gewesen wäre, wenn die Deutschnationalen vor fünf Jahren nicht den vorangehenden Dampfbahn zur Annahme verhalten hätten. Nebenbei geht es politische Demagogie überlistet Frau, den Seiten zu erzählen, daß alles Heil einziglich der Notverordnung zum Erhalten verläufe.

Der Jungplan ist zweifellos eine läche Last und was zur Erleichterung dieser Verpflichtungen getan werden konnte, haben die Reichsregierungen, in denen die Deutschnationalen nicht vertreten waren, unternommen. Daran ändern alle unfreundlichen Worte über die Regierung Hermann Müller und die Reichsaussenminister Stresemann und Gurlus nicht das Geringste. Die Verpflichtungen des Danesplans betragen 1 1/2 Milliarden jährlich. Und die Ausgaben des Reichsaussenministeriums für die Opfer der Wirtschaft an sozialen Aufwendungen zu leisten hat, betragen etwa 7 Milliarden. Die Deutschnationalen Redner fogen wieder mit dem „Jungplan“ und meinen „Nieder mit der Sozialfürsorge“. Das von sagte freilich Herr Lauererz kein Wort. Wenn die Herren einmal wirklich sagen würden, was sie im Grunde ihres Herzens denken, dann würden sie freilich den letzten Atem Zusehler verlieren, der ihnen unverfälschtere heute noch nachflutet. Dafür bestammerte aber Herr Lauererz das „mit, nämlich die Deutschnationalen, und die Nazis die einzigen vernünftigen Menschen seien, die den Kampf gegen den Jungplan mit aller Entschloßung führten. Dieser Jungplan treffe das ganze Volk und die Folge solcher Politik sei dann eine Notverordnung. Wäskelknoten man überhaupt in der heutigen Zeit den Staat zu lancieren? Das sei völlig überflüssig, denn wenn der Staat saniert würde, könne man ja auch keine Erleichterung erlangen. Das sei im Geschäftswesen auch so. Wir wissen nicht, ob im Geschäftsbetrieb den ertönen Kaufleuten, der Grundloß des betriebligen Bankrotts gilt, nehmen es aber nicht an. Auf politischem Gebiet übertragen sind solche Grundloß mindestens ebenlo läbel als im privaten Geschäftsbetrieb.

Dann befragte sich Herr Lauererz über die Unfähigkeit, das täglich Stahlhelmer und Nazis toteschlagen würden und droht, daß es für die Zukunft auch einmal anders kommen könne.

Das aber von politischen Ertröden mit Hakenkreuz und Stahlhelm auch zehnjährige Reichsaussenminister erschlagen werden, ist dem deutschnationalen Redner nicht nach zu Ohren gekommen. Im übrigen legt seiner Ausführungen polemisierte er, teilweise unter für einen akademischen Beamten bescheidenen Kraftworten wie Roghndorn, Schafmann, Wist usw. allerhand Dinge zur heutigen Zeit, die ihm nicht gefallen. Sogar auf das Gebiet der modernen Kunst begab sich der Weibler der Grazien und behauptete, daß alle moderne Kunst Unspottselbst sei. Eine lobenswerte Aufzählung. Nachdem der Redner sich dann noch mit der Behauptung, die Sozialdemokratie müde bekämpft werden, weil sie feine Religion habe, eine feine Gottesverkörperung geliebt hätte, verließ der Berichterstatter den Raum und hörte nur noch am Vorabendlich die Aufforderung, daß es um die heiligsten Güter der Nation ginge. Und so.

* Feldjagdpatrolle, eine lustige Operette in drei Akten von Teich, wird am Freitag, den 12. d. Mts., 10 Uhr, im Casino anfänglich der Reichsarbeiter-Sportwoche vom hiesigen Arbeiter-Theaterklub zur Aufführung kommen und zwar unter der musikalischen Leitung von Albert Thiene. Tragikomische Auseinandersetzungen und Verwicklungen, welche in der Operette bauernd abspielen, versprechen einen genussreichen Abend. Der Vorverkauf ist bereits im vollen Gange. Wer noch keine Karten hat, besorge sie so schnell wie möglich, da noch nummerierte Plätze zu erhalten sind und zwar in

den Verkaufsstellen des Konsumvereins und bei unseren Mitgliedern. Anfang 20 Uhr.

* Wer hat einen Radio-Apparat gekauft? Diejenigen, welche nach dem 14. März aus Berlin durch einen Radioempfänger, Wäskelknoten, mit Batterienempfang und 4 Röhren gekauft haben, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich sofort bei der Kriminalpolizei zu melden. Ein solcher Apparat ist geflohen. Der jetzige Besitzer macht sich, wenn er sich nicht meldet, wegen Heberei strafbar.

* Ein unehelicher Reichswehrsoldat. Nachdem ein Unteroffizier sieben Jahre bei der Reichswehr gedient hatte, beging er einen ertöchten Streich, durch den er sich seine ganze Erziehung verdarb. Er war Rechnungsführer eines militärischen Vereins. Das Vertrauen, das seine Kameraden in ihn gesetzt hatten, hat er jedoch in unehelicher Weise getrübt. Da er Schulden hatte, die er nicht bezahlen konnte, vergriff er sich an den ihm anvertrauten Geldern, indem er 300 M. unterschlich dem Verein zu veruntworten. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Am härtesten wurde er jedoch bestraft durch die gleichfalls ausgesprochene Dienstentlassung.

Beilagen-Hinweis

Nieren- und Blasenleiden, Nieren- und Blasenleite. Wie man sie erkennt und wie man sie wirksam bekämpft.
Zur Beschaffung der überaus wichtigen Pharmazeut. zur Entlastung und Beruhigung des Blutes kennt die Konsument durch dieses Bekannte und Bekannte als eine richtig und vollkommen durchgeführte Hausmittel mit dem berühmten (Lohnführer) Marktrubel, Sarsaparilla (Koch-Silber-Naragon-Koch-Silber), über dieses Zusammenstellung und einzig dastehende Wirkung unter Herr Nieren aus dem unterer heiligen Stadtaussatz beiliegenden Prospekt zu erleben besteben.

Geheimtisches

Für die Hausfrau. Ist Ihr Putzmittel hart? Jede Hausfrau sollte diese Frage beantworten können und wissen, daß die durchgängig diese des Wäskelknoten unterer Großküche ungefähr 12 Grad betragt. — Das bedeutet: in 100 Liter Wasser sind 12 Gramm Salz enthalten, der sich bei Wäskelknoten sehr unvorsichtig bemessen macht. Diese Menge kann man leicht vermeiden, indem man 200 Gramm Seife, bebent man, daß es Wasser von 40 und noch mehr Grad hätte, gibt, lo wird man die uneheliche Seitenveränderung erreichen können. Diese Seife sollte jedes Weibler vor der Benutzung der Beckenkante mit Herrn Bismarck gleich gemacht werden. Dadurch laßt die Hausfrau nicht nur, sondern sie hat auch volle Sicherheit, das Wäskelknoten voll auszunutzen.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

(Fortsetzung folgt.)

Aus Osterwitz

oms. Liebe, Leben und Tod. In der Zeit vom 1. bis 31. Mai wurden 5 Knaben und 3 Mädchen geboren. Aufgebote erfolgten 4. Sieben Ehen wurden geschlossen. Es starben sechs Personen über 14 Jahren.

oms. Kirchenerpöschung. Im Sitzungssaal des Rathhauses fand am Mittwoch, den 10. Juni um 17 Uhr, die Verpöschung der Kirchenerpöschung des großen Kirchberges, des Kaiserbades, Weges und der Pöschpöschler Gasse statt.

oms. Das Fest der Arbeiterpöschler. Am Freitag abend wurde das Arbeiterpöschler mit einem Fackelzug eröffnet. Die großen und kleinen Sportler waren so zahlreich am Sammelplatz erschienen, daß der Rathsaal die Menge nicht fassen konnte. Unter Vorantritt der Stadtpöschler eröffneten die Kinder mit ihren laubfarbenen Hampfons den feuchtendenden Reigen. Die Schöner Reichsbannerkapelle spielte Marschpöschler. Zahlreiche Zuschauer umflümmelten die Straßen. Alles in allem ein herrliches Fest.

oms. Im Westen nichts Neues. Die hiesige Frauengruppe der SPD veranstaltet am kommenden Freitag im großen Saal des Rathhauses einen Lichtbild-Vortragabend. West ein äußerst aktueller Film „Im Westen nichts Neues“ läuft, sind Gäste herzlich eingeladen.

oms. Stadtparlament. Eine öffentliche Sitzung der Stadtratsversammlung findet heute 18 Uhr im Sitzungssaal des Rathhauses statt.

Aus Osterleben

oms. Filmvortrag der Arbeiterinvaliden. Heute Dienstag 20 Uhr veranstaltet der Zentralverband der Arbeiterinvaliden in den Rammerschulzpielen einen Filmvortrag. Der Film, welcher in deutscher Art und Weise die Not und das Elend der Kriemler, darüber hinaus aber auch das segensreiche Wirken des Zentralverbandes vor Augen führt, ist weit, nicht nur von den Mitgliedern des Verbandes, sondern darüber hinaus auch von allen Gemeindefreunden und Parteigenossen besucht zu werden. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfennig.

Wir klagen an!

Ein Kampf-Film für soziale Gerechtigkeit in 5 Akten. Dieser Film läuft in **Dieser Leben am 9. Juni 1931**, **Wiedersehen am 10. Juni 1931**, **Beleben am 11. Juni 1931**, **Geborgen am 13. Juni 1931**. Wie erlösen alle unsere Mitglieder, darüber hinaus aber auch die gesamte gemeindefreundliche und politische organisierte Arbeiterschaft um reiflichen Besuch der Veranstaltung. **Zentralverband der Arbeiterinvaliden und Witwen** Kreisleitung Osterleben.

Kreis Halberstadt

Alten-Odenfeld, 9. Juni. Silberhochzeit und Gesellschaftsjubiläum. Der Kupfabrikant Karl Kene kam morgen, Mittwoch, mit seiner Ehefrau das Fest der Silberrnen hochzeit feiern. Dieses Jubiläum fällt zugleich zusammen mit dem 25-jährigen Gesellschaftsjubiläum. Dem Jubelpaare werden am morgigen Tage viele Gratulationen dargebracht werden. Karl Kene ist seit langem Veler unseres Vlaties und hat in der Vergangenheit stets ein Herz für die Armen und Arbeitslosen gezeigt, indem er gratis Rufe an sie versorgte. Es wird daher auch in der Zukunft sich der Rat der Gemeindefreunde nicht verschließen. Auch mit gratulieren unfern langjährigsten Sefer zum Feste und rufen ihm ein „Glück auf“ zur Goldhochzeit zu. **Ströbed**, den 9. Juni. Sängerkonzert. Am Sonntag feierte der Sängerbund Süd-huy sein 7. Bundesfest in Ströbed. Die Bundesvereine waren zahlreich erschienen. Der trefflich geleitete Or-

Mitteldeutsche Rundschau.

Bad Harzburger Rennwoche. Schuß auf einen Reichsbannerkameraden.

Harzburg. Die Harzburger Rennen werden in dieser Saison am 5., 7., 10. und 12. Juli stattfinden. Trotz der Schärme der Zeiten hat der Harzburger Rennverein sein möglichstes getan, um den Rennfahrlern die besten Rennen bieten zu können. Die Gesamtsomme der Preise beträgt RM. 63.700 und der Durchschnitt der Preise ist ein guter, ist doch kein Rennen unter 2.200 RM. ausgestattet. Außerdem werden in allen Rennen wieder Ehrenpreise für die Besieger, sowie eine Menge Andenken für Trainer und Reiter der Sieger gegeben. Auch den zweijährigen Fohlen wird dieses Mal vom Verein die Prämie vergütet werden. An jedem Tag werden 4 Platz- und 3 Hinderrennen gefahren. Die besten Rennen der Harzburger Rennwoche sind: 5. Juli: Staats-Preis von Braunfels (Ehrenpreis und 3500 RM., 1600 m); 7. Juli: Schmidt-Baust-Jagdrennen (Ehrenpreis und 3000 RM., 2650 m); 10. Juli: Harzburger Pokal (Ehrenpreis und 3500 RM., 2400 m); 12. Juli: Harzburger Jagdrennen (Ehrenpreis und 5000 RM., 4000 m).

Leberfall auf der Landstraße. Ungefähr in der Mitte des Weges zwischen Braunfelsweg und Königslutter wurde am Dienstag Dr. Kerling aus Königslutter ein vermögner Kaufmann verhaftet. Dr. Kerling befand sich nachts in seinem Wagen auf dem Heimwege. Richtig wurde aus entgegengekehrter Richtung auf das Auto geschossen. Als Dr. Kerling um den Wagen herumging, fiel ein zweiter Schuß, und es trat ihm ein Belegelger entgegen, der nach Bedrohung mit dem Revolver bell forderte. Dr. Kerling gab, da er ohne Waffe war, sein Portemonnaie mit 7 Mark Inhalt heraus. Darauf gab der Belegelger noch einen Schuß auf den Hinterrad des Autos ab und verschwand. Dr. Kerling ist dann verhaftet nach Königslutter gefahren und hat selber verpöschigt Werbung über den Vorfall gemacht.

Den Einbrecher niedergeföhren. Ein Lamminger verübte des Nachts ein Mann einen Einbruch in das Haus des Arbeiters Wele. Dieser wurde durch die Geräusche wach und überprüfte den Dieb. Beim Versuch zu flüchten, wurde der Einbrecher durch den Hausgenossen mit einem Messer in den Rücken geföhren. Er konnte trotz der schmerzlichen Verwundung entkommen, wurde jedoch später in einem Kornfeld tot aufgefunden. Es handelt sich um den Glasföhler Triebel aus Berlin, der, wie man annimmt, auch die vielen Ueberröhle auf Radfahrer und Straßwagen in den letzten Tagen verübt hat. Man fand bei ihm einen Revolver und dazugehörige Munition.

Mit dem Auto in den Strafzengraben. Stöckfurt. In der Nähe von Stöckfurt ereignete sich ein schwerer Unfall. Einmalige Verpöschung der Feuerung für den Privatwagen des Fabrikanten Dufe aus Planitz in den Strafzengraben und schlug um, wobei er die Verpöschler mit sich begrub. Während die Schwester des D. eine Gehirnerschütterung und ein weiterer Mitfahrer innere Verletzungen erlitt, kam D. selbst mit einer Handverletzung und geringfügigen Hautabgeschöppeln davon. Das Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Zur Mordpöschle Schmödel. Magdeburg. Die drei der Beteiligung an dem Mord an dem Händler Schmödel aus Magdeburg verpöschigten und in Haft genommenen Brüder Feind und Arbeiter Jonas aus Werben haben bei ihren polizeilichen Vernehmungen bereits eingeräumt, einige Zeit nach der Tat am Latort — Landstraße bei Werben — gewesen zu sein. Sie hätten den Ermordeten dort liegen sehen, ihn auch unterföhrt, seien aber dann ihrer Wege gegangen, ohne sich um weiteres zu kümmern. Nicht einmal einen Arzt oder die Landpöschler haben sie benachrichtigt. Während der Vernehmungen verweigerte sich die drei in Widersprüche, die den Verdacht der Täterschaft weiter verstärken. Ein Geständnis haben sie allerdings bis zur Stunde noch nicht abgelegt.

Schneue durch Feuer vernichtet. Gernsdorf. Geheun abend gegen 22.30 Uhr ging in dem Dorfe Gernsdorf die Scheune des Lehrers Thoms in hellen Flammen auf und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Obgleich die Feuerwehr der gesamten Umgebung nach kurzer Zeit an der Brandpöschle erschienen, war nichts mehr zu retten. Die Scheune bestand aus Fachwerk mit Strohdach. Mit verbrannt sind die darin untergefhellte Feuerpöschle der Gemeinde und ein Personkraftwagen des Gastwirts Ewers.

lanthor brachte zwei Wieder. Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“ und „Am Krug zum grünen Kranz“ gut zu Götin. Der bisherige Bundesvorsitzende Wime verpöschigte sich zum Bunde und übergab sein Amt an seinen Nachfolger. Der ihm hergesagte Worte des Dankes widmete und die Bundesvereine zu festem Zusammenhalt und zu treuer Arbeit am Volksbede machte. Der Vorliegende des Männergesangsvereins Wittenfeld sprach den besonderen Dank der Vereine aus, worauf der Vereind dem scheidenden Vorliegenden als Abschiedsgruß das Comitat sang. Darauf folgte der Umzug durch

Stendal. Aus Stendal, aus Osterburg, aus Garbelegen, aus Tangermünde und aus Jerichow Jögar, und aus Ratharorten dieser Städte, waren am Sonntag viele Hunderte Reichsbannerkameraden in ihren grünen Hemden in Bismarck aufmarschiert, der Hochburg der Nazis im Kreis Stendal. Es gibt in den Kreisen Stendal und Osterburg, in denen das deutsche Land fast ganz in besonders großen Städten an nur wenige Fersen verteilt ist, aber auch in den anderen beiden Altmarkkreisen, in denen (hoy mehr und mehr die vielen kleinen Bauern nach eigenen Wegen aus der Krise der Landwirtschaft lüden und so langsam zur Sozialdemokratie kommen, noch manche andere Feste und manches andre Bollwerk der Nazis, aber die Nazis in der Bismarcker Gegend sind weit und breit „herrschend“ als allerschlechtestes gebillt und gelübt in Schimpfen und Schlägen, aber auch in der „Vorhöl“, immer nur zu vielen einzelnen der Republikaner herauszuföhren, möglichst jedoch den einzelnen gleich zu überfallen aus dem Hinterhalt. Daß dieser „Ruhm“ der Bismarcker Nazis berechtigt ist, wurde einem der Tangermünder Bismarckfahrer auf der langen Heimfahrt durch Sonne und Regen am Spätnachmittag zwischen Seinfeld und Scherndau, in den Schönfelder Tannen recht beweiskräftig bestätigt. Auf der Heimfahrt erlitt ein Tangermünder Kamerad eine Pannne. Er mußte seinen Schindelfahrer neue Luft aufpumpen. So blieb er eine Weile zurück. Als er allein auf der Chaussee stand, mit seinem Hochrad beschäftigt, traf ihn auf einmal ein Schuß. Er war aus dem Dunkel der Tannen gekommen und ihm in den Brust des rechten Oberarms gebrungen und dort festes geblieben. Zur Stunde haben wir noch nicht erfahren, wie es dem verletzten Tangermünder, der von anderen Kameraden auf der Chaussee eingeholt wurde und nach Pflege durch Samariter, ins Krankenhaus seiner Heimat gebracht wurde, jetzt geht. Die Kugel hätte ebensogut heimtätig gebrückt werden können, zumal sich doch der Reichsbannermann beim Luftaufpumpen bewegt. Der Täter ist ebenfalls. Hoffentlich ermittelt ihn die Polizei. Für die Reichsbannerkameraden und für alle Republikaner ist der Schuß von Scherndau eine Warnung und Mahnung: Nicht nachlassen im Wöwö und Angriffsmat, noch dreimal so aktiv sein!

Tödlöcher Unfall bei einer Feuerwehrcöbung. Köthen. Im Rahmen einer großen Hauptübung der städtischen freiwilligen Feuerwehr zu Köthen verunglückte am Sonnabend der Schneidermeister Riedel von hier tödlich. Als sich die Spritze auf den ausgegebenen Feueralarm hin in Bewegung setzte, kam A. zu Fall. Die Räder der Spritze gingen über den Unglücklichen hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er in das Kreiskrankenhaus überföhrt werden mußte, wo er am Sonntagabend seinen schweren Verletzungen erlag.

Kurbad-Wartburgstadl-Eisenach-Jubiläum. Eisenach. Es sind nunmehr 25 Jahre her, daß das Kurbad der wegen seiner Wartburg und der herrlichen landschaftlichen Lage im schönsten Teil des Thüringer Waldes in aller Welt bekanntes Wartburgstadl Eisenach gegründet wurde. Wegen der Not der Zeit hat man von besonders Jubiläumstelerlichkeiten abgesehen — beschränkte sich zur Erinnerung an den Tag der Gründung lediglich auf einige Festkonzerte in dem wegen seiner natürlichen Gestaltung stets gern aufgeschlagenen Kartausgangarten, der am Abend sehr stimmungsvoll illuminiert war. Die teilweise einigartigen Baumgruppen und das gegenüber der Wandelhalle gelegene Teichsee erschienen im scharfen Lichtwinkel der Scheinwerfer. Eine stark besuchte Reunion im Kurhaus fürstlich, der bekanntermaßen das größte und modernste Saalgebäude Thüringens ist, beschloß den Tag der Erinnerung an das 25jährige Bestehen des Kurbades Eisenach. Besonders sei noch hervorzuheben, daß die „Großherzogin Karolinequelle“, eine radio aktive Krostalkquelle, sich seit Jahrzehnten bei Stoffwechselleiden einer sehr feinernden Beliebtheit wegen der guten Heilerfolge erfreut.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Leberfall auf einen Lohndrohlfahrer. Torgau. Auf dem Wege vom Baire zum dem Einbruch der Firma Kirchhoff u. Wolf wurde der Lohndrohlfahrer Franz Glöb angeschossen. Er hatte 7000 Mark Lohngelder bei sich, die er auf dem Einbruch abliefern sollte. Der Buchhalter erhielt einen Schrottschuß in die rechte Seite. Der Rahlort war von Arbeitern bemerkt worden, die dem Angeschossenen sofort zu Hilfe eilten. Man nimmt an, daß ein Ueberfall auf den Drohlfahrer geplant war.

Einweichen mit Henko ist einfacher und billiger!

Ersparen Sie sich das umständliche Einreiben und Bürsten der Wäsche. Sie brauchen die Wäsche nur nachtsüber in kalter Henko-Bleichsodalösung einzuweichen. Am Morgen ist aller Schmutz so sehr gelockert, daß einfaches kurzes Kochen in kalt bereiteter Persillauge genügt, um die Wäsche tadellos schön und frischduftend zu erhalten.

Viel schneller wird die Wäsche rein, — weichst Du sie erst mit Henko ein.

zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!



S p o r t



Aufzug.

In die Anhänger der Radfahrerbewegung.

Der Verband Radfahrerinnen, dem in allen Gauen Deutschlands Vereinarbeiter für die sozialistische Lebensgestaltung und Freizeitsportart angehören, läßt uns folgenden Aufruf zukommen:

Als Anlaß eigener öffentlicher Vorträge, die ich in hiesigen Freizeitsportvereinen im Laufe des letzten Sommers hielt, lag ich mir gemächlich, in erster Linie die Interessen von gewerkschaftlichen über unsere Bewegung unter die Lupe zu nehmen. Dabei stellte sich heraus, daß auch von diesen Seiten, soweit sie sich in ihrer Interessenstreue auf ärztlichen Gebieten bewegen, folgende Bedenken gegen die Freizeitsportart ins Feld geführt wurden:

1. Die Freizeitsportart soll weniger so abkühlen, daß Bedenken für die Fortpflanzung der betreffenden Teilnehmer vorhanden sind.

2. Die Freizeitsportart soll weniger so zeigen, daß die schlimmsten Folgen zu befürchten sind. Dabei sei in erster Linie für die normale sexuelle Weiterentwicklung der teilnehmenden Kinder zu fürchten.

Die Freizeitsportartenteile sind von dem Unfug dieser Beschauptung überzeugt, die sich ja schon in sich widersprechen. Doch gilt heute im öffentlichen Leben und in der Politik nicht das Urteil des einzelnen oder des Gefühls, sondern nur die Statistik. Wenn ihr verlangt, daß man für euch mit Erfolg eintritt, so muß unbedingt statistisches Material zu diesen Anwürfen gesammelt werden.

Ich fordere daher auf, mir einzeln möglichst ausführliche Selbsturteile über den Einfluß der Teilnahme an unserer Bewegung auf die eigene Sexualität und die der eigenen Kinder einzusenden. Sämtliche Einwendungen sollen unter die ärztliche Schweigepflicht, eventuelle Veröffentlichung darauf aufgebauter Statistik oder einzelner Urteile erfolgt ohne Namenangabe.

Gefühlsurteile hilft unserer Bewegung nicht weiter, schafft praktische Unterlegen.

Angabe welchem Bund ihr angehört, in jedem einzelnen Fall notwendig.

Dr. med. Bruno Günther, Darmstadt, Großstr. 4.
Anfänger des Verbandes Volksgesundheit, Dresden 11, Wilschauerstraße 31 III.

Staat und Olympia.

Das Olympische Komitee hat als Austragungsort seiner Olympischen Spiele für 1936 in Wien gewählt. Dazu berichtet „Der Arbeiter“, das länderübergreifende Fachblatt des Deutschen Fußballbundes und der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik, aus Berlin:

„Berlin wird Olympiastadt! ... aber nun laßen die Sorgen erst an. Das Berliner Stadion als die tiefste deutsche Großstadtpfanne, ist nicht mehr modern und steht in dieser Beziehung hinter den neuen großen Stadionanlagen von Frankfurt a. M., Köln und Nürnberg zurück. Einmal führt die Radrennbahn, die einen Kontakt zwischen Publikum und Wettkämpfer verhindert, dann sind die Zuschauerstände nicht überdeckt und bei schickigem Wetter dem Regen preisgegeben und dann ist die Laufbahn zu groß. Der Deutsche Reichsausschuß will damit nur die Aufgabe gestellt, die Radrennbahn herauszunehmen, die Laufbahn von 800 auf 400 Meter zu verkleinern und durch den freigeordneten Raum die Sitzplätze zu vermehrten. Das kostet Geld, viel Geld. Werden diese Gelder des Limbates nicht von Reichsmitteln fiktiv gestellt, dann entsteht natürlich eine ganz neue Situation. Dann wird man an die übrigen Bewerber im Reich denken müssen. In Frankfurt ... in Köln ... in Nürnberg. Das sind die Gedankenreihen. Die letzte Verbindung mit der Durchführung der Olympiade 1936 auf deutschem Boden kauschen. Dazu kommen noch die finanziellen Höhe von Staat und Gemeinden; denn die Tribünenkosten des Benefizkonzertes von Reichsleiter Goebbels auf uns“

Anschließend der vom Staat zu erwartenden Aufwände für 1936 und seiner Zufüsse für die bürgerliche Sportbegeisterung 1932 zur Olympiade in Los-Angeles fragen wir: In welchem Verhältnis dazu unterliegt der Staat die Zentralkommission für Arbeiter-Turn- und Sportvereine angelegten Verbände zum 2. Arbeiter-Turn- und Sportkongress 1931 in Wien? —

Schwerathletik : Vogen : Artistik.

Mitteldeutschland gegen Westdeutschland.

In den Ausscheidungstämpfen um die Bundesmeisterschaft im Vogen fanden sich in Schlußkampf gegenüber der Westdeutschen Meister Effen und der Mitteldeutschen Meister Schöfner. Effen stellte eine besonders harte Mannschaft, die war aber gegenüber der Technik Schöfners im Nachteil. Der Kampf endete mit einem Resultat von 11-5 für Schöfner. In einem Ständekampf standen sich gegenseitig: Union-Braunschweig u. Borussia-Siegenbörner. Der Braunschweiger Mannschaft stand ein besonders ringerfahrener Gegner gegenüber, die Punkte fielen in fast allen Klassen an Borussia. Resultat 12-4 für Siegenbörner.

Radfahren.

Das größte Radportereignis 1931.

Das größte Ereignis auf dem Gebiete des Radportereignisses und Motorradporters im Jahre 1931 sind die Olympiade-Ausscheidungswettkämpfe, die der Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrer-Bund Solidarität am 14. Juni ausgetragen hat. Diese Wettkämpfe finden statt in dem herrlichen Stadion in Frankfurt am Main und auf den Straßen zwischen Frankfurt a. M., Darmstadt und Heidelberg. Einige hundert der besten Fahrer des Bundes aus ganz Deutschland, die schon die Gemeinlichkeit errangen haben, werden um das Recht kämpfen, für den Bund Solidarität an den Olympiade-Wettkämpfen in Wien teilnehmen zu können. Die Radfahrer werden starten zu Wettbewerben im Reigenfahren, Radballspielen, Radpolospielen, Bahnmittelfahren und Juvendringelreitfahren. Auch für diese große Veranstaltung trägt der Bund Solidarität die Kosten selbst. Alle dreißig bürgerlichen Radfahrervereine Deutschlands zusammen können ein solches Unternehmen nicht tragen, obgleich sie riesige Geldbühnen von Industrie und Handel dauernd dafür erhalten, daß ihr Sportbetrieb nur noch Substratmaterialien ist und ihre Fahrer dem Fortschritt dienlich sind. Bewundernswert dagegen ist die Liebe und Opferfreudigkeit der Massen der Wettkämpfer des Bundes Solidarität, die aus Idealismus ihren Sport ausüben und dadurch im Interesse der Arbeiterklasse und zur Förderung der Arbeiterportbewegung wirken.

Das wird auch wieder durch die große Wettkampfoeuanstaltung in Frankfurt a. M. vor aller Welt tungeben.

Ein Hort für die Radfahrer. Die Eltern junger Radfahrerinnen und junger Radler bemühen sich alle, ihre Kinder zu vorzüglichem Fahren anzuhelfen. Das befreit die Eltern aber noch keineswegs von allen Sorgen, denn im heutigen Verkehr drohen viele Gefahren. Viel weniger Sorgen haben die Eltern, deren radende Kinder dem Bunde Solidarität angehören. Das beweisen die folgenden Antworten auf die Frage: Was bietet der Bund Solidarität unseren Kinder? Kindern bis zum 14. Lebensjahre: Im ganzen Jahr nur 1.- Mart Bundesbeitrag. Um 10.00 in Eintritt in den Bund allen kleinen Radfahrern und kleinen Radlern zu jeder Zeit. Um 10.00 in das Bundesabzeichen allen, die im Monat Juni von den Eltern angemeldet werden. Um 10.00 in Radunfallunterstützung von 6.- M. wöchentlich bei ärztlicher Behandlung. Um 10.00 in besondere Radunfallunterstützung von 100 Mart an die Hinterbliebenen in Fällen mit idlichem Ausgang. Um 10.00 in Unterstiftung bis 5000 Mart bei Haftpflichtansprüchen, was für alle Eltern möglich ist. Um 10.00 in Rechtschutz in wichtigen Radfällen, was für die Eltern eine sehr große Hilfe sein kann. Um 10.00 in Unterstiftung von 15 Mart dem Hinterbliebenen beim Tode des Kindes. Um 10.00 in Freizeitsport, Ausflüge und Hilfe bei Fehrlern durch Feld und Wald. Um 10.00 in Radunterricht und Übung in der Behandlung und Besserung des Rades. Um 10.00 in Ausbildung im Reigenfahren, Kunstfahren und in den Radballspielen. Um 10.00 in ein neues Freizeitsportfahrzeug aus der Fabrik des Bundes bei Radstehlen. — Nur der Bund Solidarität kann lo für die Radlerjugend sorgen, wie es hier gezeigt wird. Alle Eltern radelnder Kinder sollten diese dem Bunde zufließen und sich dadurch vor Sorgen schützen.



In Wien laufen täglich Anmeldungen von Olympiateilnehmern aus nah und fern ein. Die Höchstzahl von Teilnehmern meldete Deutschland, aber auch aus der Tschechoslowakei und aus den Bundesländern Österreichs sind die Meldungen zahlreich eingegangen. Auch Estland, Belgien, Finnland, Polen, Island, Schweiz, Jylland, Frankreich, Kalifornien, Amerika, Argentinien, Dänemark, Ungarn und England haben gemeldet. Aus Wien sind 30 Sonderzüge festgelegt, die die Massen der Olympiateilnehmer nach Wien befördern sollen. Davon sind 23 Sonderzüge aus Deutschland, 6 aus der Tschechoslowakei und einer aus der Schweiz vorgesehen. Nicht mitgerechnet sind die Sonderzüge, die aus den österrischen Bundesländern nach Wien fahren werden. Die Sonderzüge von Deutschland laufen Wien, noch den 22. Juli, in Wien ein, die aus den tschechoslowakischen Ländern der Tschechoslowakei nonausflüchtig Dienstag und Mittwoch und aus dem tschechischen Gebiet am Donnerstag.

Schwimmen.

Um die Kreismeisterschaft im Wasserball.

In einem zweiseitigen Turnier wurden in Magdeburg in der vereins eigenen Badenhalde des freien Wasserportvereins Magdeburg, Abteilung Wasserball, 21 Spiele ausgetragen. Bedauerlicherweise konnten einige Mannschaften nicht immer den genossenschaftlichen Tag wahrnehmen. Besonders beim Spiel Regattaklub Halle gegen Dessau war darüber zu klagen. Die Resultate der A-Klasse lauten: A.B.B. Halle gegen Magdeburg-Wittstadt 7:5; Regattaklub Halle gegen Dessau 6:5; Magdeburg-Neustadt 6:10; Dessau gegen Magdeburg-Wittstadt 3:2; Regattaklub Halle gegen Dessau 10:1; Dessau gegen Magdeburg-Wittstadt 6:2; Regattaklub Halle gegen Braunschweig 3:1; A.B.B. Halle gegen Dessau 13:2; A.B.B. Halle gegen Braunschweig 3:3; B-Klasse: Halberstadt gegen Magdeburg-Wittstadt 6:1; Schönebeck gegen Halle 10:0; Dessau gegen Braunschweig 3:0; A.H.S. leben gegen Köthen 3:2; A.H.S. leben gegen Braunschweig 5:1; A.L.-Wittenberg gegen Riesa 4:1; Köthen gegen Magdeburg-Wittstadt 5:2; Dessau gegen Halle 4:2; Halberstadt gegen Braunschweig 2:0; A.H.S. leben gegen Magdeburg-Wittstadt 4:3; Köthen gegen Dessau 2:1; Schönebeck gegen A.L.-Wittenberg 4:2.

Turnen : Leichtathletik.

Leichtathletische Olympia-Ausscheidungen.

Die leichtathletischen Prüfungen für das 2. Arbeiter-Olympia in Wien haben ihren Fortgang genommen.

In Nordbagen.

Ueber 200 männliche und weibliche Wettkämpfer nahen im Nürnberger Stadion ihre Kräfte, um den Stadmeis zu erringen, das die die Fähigkeiten haben, in die olympische Leichtathletikbewegung Deutschlands eingereicht zu werden. Am bestenwertigen Ergebnissen wurden erzielt: 100 m Becker, Nürnberg-Süd 11,1 Set.; im 200 m Vorlauf 11 Set.; 400 m Hüper, Nürnberg-Süd 53,6 Set.; Olymp. Statette Nürnberg-Süd 3 Min. 56,4 Set.; Dreifprung Schär, fr.-Tsch. Nürnberg 12,95 m; Diskuswerfen Etern, Nürnberg-Süd 35,81 m; Hammerwerfen Küster, Straßenbahn Nürnberg 36,27 m; Schleuderball Weber, Schornungen 52,60 m. Bei den Sportlerinnen gewann Frau Schöfner, Nürnberg-Süd die 200 m in 28,2 Set. und den Dreifprung mit 231,63 Punkten. 100 m Reich, fr.-Tsch. Nürnberg 13 Set.; 4 mal 100 m fr.-Tsch. Nürnberg.

Nordmark.

In Hamburg beteiligten sich trotz witterungsbedingten Regens, der die Laufbahnen teilweise unter Wasser setzte, 100 Wettkämpfer. Aus der Fülle der Ergebnisse verdienen hervorzuheben zu werden: 100 m Hügel, Einmühl 11,6 Set.; 200 m Janßen, Hamburg 93 24,1 Set.; 800 m Diden, WEG. 2,03,6 Set.; 5000 m Gotsch, Hamburg 93 16,14,7 Min.; 10 000 m Gotsch, Hamburg 93, 33 Min. 49,1 Set.; 4 mal 100 m WEG. Hamburg 46,2 Set.; 10 mal 100 m WEG. Hamburg 1 Min. 40 Set.; 400 m Hürden Junst 93 1 Min. 2,4 Set.; Stabhochsprung Boegelow und Marzel, Hamburg 3 m; Diskus, Bekarmig Hoffmann WEG. Hamburg 36,36 m; Kugel 7 1/2 kg, Drappich WEG. 12,96 m; Hüftkampf Blazek, Randsbeck 322,81 Punkte; Sechskampf Boegelow, Hamburg 698,68 Punkte. Ergebnisse der Frauen: 100 m Reich WEG. 13,2 Set.; 200 m Reich, WEG. 28,2 Set.; 4 mal 100 m WEG. 55,7 Set.; 10 mal 100 m 1 Min. 29,3 Set.; keine olymp. Stafette WEG. 56,8 Set.; Hochsprung Köhl WEG. 1,40 m; Kugel, Klupp 93 8,46 m; Dreifprung, Schwarze WEG. 251,15 Punkte.

Südbagen.

In Dadau wurden die Wettkämpfe reibungslos abgemittelt. 100 m Franke, München-Dt 11,4 Set.; 200 m Karz, München-Dt 23,8 Set.; 400 m Ludwig, München-Dt 54,3 Set.; 800 m Osterlag, fr.-Tsch. München 2 Min. 05,7 Set.; 1100 m Hürden Schuler, München-Dt 16,7 Set.; Stabhochsprung Haaber, fr.-Tsch. München 3,05 m; Weifprung Straller, Dadau 6,69 m; Diskus Bekarmig Hüfner, Augsburg 35,50 m; Schleuderball Hüfner, Augsburg 59,90 m; Kugel 7 1/2 kg, Anker, fr.-Tsch. München 12,03 m; Ergebnisse der Frauen: 100 m Hügel, fr.-Tsch. München 13,03 m; 200 m Hügel, München 27,8 Set.; Dreifprung, Bödel, München 229 Punkte.

Baden-Pfalz.

250 der besten Leichtathleten traten in Mannheim zu den Wettbewerben an. Bei gutem Wetter wurden die Wettkämpfe reibungslos abgemittelt. 1000 Zuschauer. Die wichtigsten Ergebnisse: 100 m Hartmann, Friedenheim 11,3 Set.; 200 m Hartmann, Friedenheim 23,4 Set.; 4 mal 100 m Redarau 46,3 S.; 10 mal 100 m Redarau 1 Min. 56 Set.; Weifprung Drösch, Friedenheim 6,22 m; Diskus, Seft-armig Dreßke, Sandböten 35,37 m; Schleuderball Rüttner, Rindernheim 12,25 m; Kugel 7 1/2 kg Drapp, Rindernheim 12,25 m; Hüftkampf Schöfner, Sandböten 336,44 Punkte.; Sechskampf Hüfner, Friedenheim 681,22 Punkte. Ergebnisse der Frauen: 100 m Dierckhölmer, Friedenheim 13,5 Set.; Weifprung Schöfner, Sandböten 4,95 m; Diskus, Köhler, Ludwigshafen 27,78 m; Kugel, Köhler, Ludwigshafen 8,64 m; Schleuderball Köhler, Ludwigshafen 37,94 m; Hüftkampf Deuter, Ludwigshafen 236,20 Punkte.

Olympische Geräteturner-Ausscheidungen.

Nordbagen.

Die Vorprobe der Geräteturner des Kreises Nordbagen im Arb.-Turn- und Sportbund für die olympischen Bundesauscheidungen am 14. Juni in Bera brachte ausgezeichnete Leistungen. Die Spitze hatten im Sechskampf Jenny, fr.-Tsch. Coburg mit 238 Punkten und Illmann, Nürnberg-Süd mit 235. Im Sechskampf der Turnerinnen wurden Hallupp, Nürnberg-Süd mit 219 Punkten die beste, gefolgt von Wälflein von U. u. Spw. Fürth mit 205. Turnerinnen-Rechenkamp: Meißinghager, Nürnberg-Süd mit 252,00 Punkte. Simard, Rödert, 204,51 Punkte.

Baden-Pfalz.

In Mannheim erzielten im Sechskampf für Frauen Eppler, Ludwigshafen u. Kern, Mannheim je 207 Punkte. Im Siebentkampf für Männer setzte Fischer, Mannheim mit 252 Punkten.

Handball.

Magdeburg. Bei den stattgefundenen Spielen wurden diesmal recht hohe Resultate erzielt. Den Bogel schloß Borussia-Fernersleben recht gut gegen fr.-T. Schönebeck 14:7 gewonnen. Fichte-Wilhelmshald spielte gegen fr. T. Cracau 11:0. Bahn Gr.-Dittersleben mußte von Dessau je eine 10:2-Niederlage hinnehmen und einen Tag später von Fichte-Sudenburg eine 4:1-Niederlage. Fichte-Argelben spielte mit Rangemiddlungen 10:6.

Dessau. Fichte Rohlau u. Mannschaft konnte nur knapp 9:7 über die B-Mannschaft seines Vereines triumphieren. Borussia Nürnberg hatte Hammer-Hallenloft zu Gäste und mußte sich 7:6 geschlagen bekommen. Gertz gegen Reichsamt Dessau 3:5.

Westdeutsche Handball-Kreismeisterschaft.

Endrundeispiele: Vor 1500 Zuschauern gewann schwarz-gelb Düsseldorf gegen Elberfeld-Lellendahl 3:1. Das Spiel wurde wegen des einbrechenden Regens abgebrochen. Wiederholung tomorrow Sonntag. — Der vorjährige Meister Kaiserau siegte vor 2000 Zuschauern mit 15:3 über Bism.-Mülheim.

Vorenscheidungsispiele um die sächsische Kreismeisterschaft.

Leipzig-Gohls gegen Freital-Niederbach 11:7; Halstz 6:3

Skisport.

Schlesien gegen Lauff.

Das Spiel endete mit einem 6:1-Siege für Schlesien. 2000 Zuschauer erlebten einen Kampf, in welchem Schlesien verdient gewann, da die Lauffler Stürmer an Überkombination litten und die sichersten Sachen ausließen.

Bezirksispiele in Sachsen.

Burgstädt-Grimbach (13. Bezirk) gegen Riesa (11. Bezirk) 5:1; Zwickau (6. Bezirk) gegen Wittweide (5. Bezirk) 2:1.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobrief, bei Selbstabholung 20 Pfennig. Erscheint wöchentlich 14 Mal und zwar mittwochs, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Deber, O. m. b. H., Baummarkt, für Politik u. Wirtschaft: Arthur Wölffelschlag, für den totalen Teil: H. A. Wölffelschlag, für Bekleidungs- u. Interests: Karl Tresselt, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Zahlung wöchentlich letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigen-Einnahme in der Geschäftsstelle: Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfachkonto Wernigerode 4526 und Postfachabteilung (Stelgerstraße) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 131

Dienstag, den 9. Juni 1931

6. Jahrgang

Soziale Reaktion.

Eine Blütenlese aus der Notverordnung.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung amet den Geist der sozialen Reaktion. Selbst da, wo die Reichsregierung unter hartem Zwang ihren Widerstand gegen die Erschließung neuer Steuerquellen aufgegeben hat und sich zur Krisensteuer aufgestellt, ist durch eine groteske Zerteilung der Lasten, die Lohn- und Gehaltsempfänger höher besteuert und die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen schon, der unsozialen Geist des gesamten Gesetzeswerks gemahnt. Dazu kommt die Zusatzsteuer, die Mineralsteuern, ein Schenkungssteuer, die Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer und die Streichung der Lohnsteuererstattung.

Man hat wieder einmal die Lasten auf die schwächsten Schultern abgewälzt. Der dritte Teil der Notverordnung trägt z. B. die verheißungsvolle Ueberchrift:

Arbeitslosenhilfe.

Dahinter verbirgt sich aber der infernalische Abbau der an sich geringen Arbeitslosenstellen, die die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, bisher erhalten haben. Das Kernstück ist die

allgemeine Herabsetzung der Hauptunterstützungen.

Weiter stellt sich heraus, daß sich der Abbau der Leistungen nicht auf 5 Prozent, sondern auf vielmehr bezieht. Die Hauptunterstützung wird in der Arbeitslosenversicherung nach Prozenten des Einheitslohnes berechnet. Sie beträgt:

Klasse	75 v. H.	in Zukunft	70 v. H.
I	65	55	60
II	55	45	50
III	45	35	40
IV	35	25	30
V	25	15	20
VI	15	5	10
VII	5	0	0
VIII-XI	0	0	0

Die Differenz von je 5 Prozent bezieht sich auf den Prozentfuß vom Einheitslohn. Das bedeutet als Prozentfuß von der gezahlten Hauptunterstützung in der Klasse I rund 7 Prozent; der Prozentfuß der Kürzung steigt von Stufe zu Stufe bis auf 14 Prozent bei den höchsten Lohnklassen. Dieser Abbau der Hauptunterstützungsfähigkeit von 7-14 Prozent wird für einen großen Teil der Empfänger noch dadurch verschärft, daß sie künftig in niedrigere Lohnklassen eingereiht werden, weil im Gegensatz zu der bisherigen Lösung bei Kurzarbeitern im Zukunft für die Berechnung der Lohnklassen nur der Lohn zugrunde gelegt wird, den sie auf Grund der Arbeitszeiterhöhung ausgezahlt erhielten.

Eine weitere Verschlechterung, die gerade nach dem Fortschritt des Lohnabbaues im letzten halben Jahr hart empfunden werden wird, liegt daran, daß die Wartezeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige und bis zu drei zuschlagsberechtigten Angehörigen allgemein von 7 auf 14 Tage verlängert wird, für Arbeitslose mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 5 auf 7 Tage.

Am schlimmsten werden die Jugendlichen von dem Abbau betroffen. Sie werden, soweit familienrechtliche Unterhaltspflichten ihnen gegenüber bestehen, d. h. also praktisch, so weit sie Eltern mit Einkommen haben, bis zum 21. Lebensjahr zurück vollkommen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, während sie bisher vom 16. Lebensjahr an unterhaltspflichtig waren. Abgesehen von der ungeheuren sozialen Härte, die in dieser Ausschließung der jungen Menschen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden, liegt, muß man sich auch darüber im klaren sein, daß diese Behandlung im höchsten Maße geeignet sein muß, die ohnehin unheilvoll im höchsten Maße geeignete Bekämpfung der Jugendlichen weiter zu verschärfen. Diese Verschärfung wird auch in keiner Weise abgemildert werden durch die in der Notverordnung enthaltene überaus merkwürdige Konstitution des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Dieser Arbeitsdienst" enthält als Kernstück die Bestimmung, daß die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet. Die Arbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst" werden sozial vollkommen entrechtet. Jeder Arbeitnehmer, den das moderne Recht begründet hat, steht ihnen. Ob die Vorschriften des Arbeitsgesetzes und der Sozialversicherung auf den freiwilligen Arbeitsdienst" anzuwenden sind, bleibt der Entscheidung des Reichsarbeitsministers vorbehalten.

Weitere Verschlechterungen treffen die Saisonarbeiter. Die Höchstdauer ihrer Arbeitslosenunterstützung wird von 20 auf 20 Wochen vermindert. Außerdem erhalten sie für die ganze Unterstützungszeit nur die Höhe der Krisenunterstützung, die bisher für die Winterzeit gezahlt wurden. Dabei hat sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe derart entwidelt, daß man nicht mehr von einer Saisonerscheinung sprechen kann.

Verheirateten Frauen

wird in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung nur gemindert, soweit sie bedürftig sind. Die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt nach den Vorschriften der Krisenfürsorge. Die Empfänger von Krisenunterstützung sollen in Zukunft verpflichtet sein, die Beiträge, die für sie aus der Krisenfürsorge als Hauptunterstützung abgemindert werden, zu erstatten, sobald sie ein Einkommen

haben und ihr Fortkommen durch die Erlastung der Unterstü-

tzung nicht unbillig erschwert wird. Dabei ist noch eine zu beachtende, worauf die Verordnung ausdrücklich hinweist. Wenn die Gefahr besteht, daß die laufenden Ausgaben der Reichsregierung über die laufenden Einnahmen übersteigen, so hat der Vorstand rechtzeitig den Finanzstellen Anträge zu stellen. Er darf zu diesem Zweck den Beitrag erhöhen, aber auch die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bis auf die Höhe der Krisenunterstützung allgemein herabsetzen und die Höchstdauer der Versicherungsleistungen Arbeitslosenunterstützung verkürzen.

An dem Abschnitt "Eierungen des Haushalts" werden für die Arbeiter aller öffentlichen Betriebe und Verwaltungen Ermäßigungen für Lohnherabsetzungen gegeben, auch wenn nach dem Abbau der tariflichen Vereinbarungen keine neue tarifliche Regelung zustande kommt. Die Stundenlohngröße der Reichsarbeiter sollen z. B. dann um 1-4 Reichspennig gekürzt werden und außerdem entfällt der Kinderzuschlag für ein Kinderzuschlagsfähiges Kind. Bei den Angestellten treten die gleichen Gehaltskürzungen wie bei den Beamten ein. Länder und Gemeinden werden verpflichtet, spätestens vom 1. Oktober 1931 ab die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlöhne ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer im Reichsdienst übersteigen, herabzusetzen. Dort, wo bisher die Gemeinden noch eine soziale Sozialpolitik betrieben haben, wird die Rückbildung auf die neuerdings herabgedrückten Bezüge der Angestellten und Arbeiter im Reichsdienst erzwungen. Die Reichsnachschuß wird genommen, vom 1. Juli 1931 ab die Leistungen der Beamtenstellen zu vermindern. In Abänderung des Tarifvertrages werden die Sonderunterstützungen für die Tabakarbeiter, die infolge von steuerlichen Maßnahmen arbeitslos geworden sind, vollkommen ge-

strichen. Dagegen bleiben die Leistungen für die betroffenen Unternehmer in voller Höhe erhalten.

Abänderungsmöglichkeiten?

Die neue Notverordnung der Reichsregierung hat in breiten Schichten unserer Bevölkerung ein Gefühl der Erbitterung und der Unzufriedenheit hervorgerufen. Sie hat die Reichsregierung bereit, dem Reichstag zu tragen? Nach dem Preisbericht der Zentrumspartei" sollte man es annehmen. Er schreibt:

"Wir fügen vergebens in allen Kritiken das Aufgebot anderer Möglichkeiten, anderer gangbarer Wege, die zu dem gleichen Ziele führen könnten. Aber darauf kommt es eben entscheidend an. Die Reichsregierung wird darauf sein für jeden brauchbaren Vorschlag, welcher ihre innen- und außenpolitischen Aktionen zu fördern und zu erleichtern vermag. Sie will Kritik an der Notverordnung. Sie darf jedoch verlangen, daß diese Kritik sachlich bleibt und für das Reichskabinett Handhaben bietet, um sowohl Verbesserungen vorzunehmen als auch beschlossene Maßnahmen erträglicher zu gestalten."

Anwieweit die obige Meinungsäußerung der Auffassung der Reichsregierung entspricht, war bisher amtlich nicht zu erfahren. Es verläutet jedoch zuverlässig, daß man bereit sei, brauchbare Abänderungsvorschläge zu diskutieren, soweit dadurch das finanzielle Ergebnis der Notverordnung nicht beeinträchtigt wird. Trotz dem bleibt im gegebenen Falle die Frage offen, ob derartige Abänderungsvorschläge im Parlament diskutiert oder auf dem Wege interner Verhandlungen ermöglicht und ohne Parlament in Kraft gesetzt werden sollen.

Ergebnis von Chequers.

Die Presse wartet.



halt Stinsons in Europa abmarieren. Keinesfalls sollte sich Deutschland an die Spitze einer internationalen Bewegung zur Revision der Reichsgesetze stellen. Was erreicht wurde ist eine wertvolle internationale Aktion, bei der die Aktivität von den Gläubigern ebenso sehr ausgehen müßte wie von den Schuldner.

Brüning dankt.

London, 9. Juni. (E.F.) Am Verlauf eines Empfanges des englischen Instituts für auswärtige Politik erwiderte der Reichsminister auf eine Begrüßungsansprache u. a. folgendes:

"Die freundschaftlichen Beziehungen in Chequers haben beiden Parteien Gelegenheit gegeben, unsere gegenseitigen Schwächen zu erörtern. Wie Sie aus dem veröffentlichten Kommuniqué erfahren haben, ist gegenseitig vereinbart worden, eine Zusammenarbeit zwischen allen in Betracht kommenden Ländern zu suchen, um die gegenwärtige Lage zu verbessern. Ich bin sicher, daß dieser Geist des Einverständnisses ein günstiges Echo in der öffentlichen Meinung der Welt finden wird. Dr. Curtius und ich schätzen die herzliche Aufnahme, die wir von unseren englischen Gastgebern erfahren, außerordentlich hoch. Und ich freue mich, eine Gelegenheit erhalten zu haben, den britischen Staatsmännern öffentlich zu danken."

Die letzte Begegnung.

Am Montag sprach der Reichsminister während eines Empfanges des Instituts für internationale Angelegenheiten über internationale Zusammenarbeit der Räter. Am Laufe des Tages wurden Dr. Brüning und Dr. Curtius auch vom König empfangen. Am Abend fand in der deutschen Botschaft ein Empfang statt, bei dem auch MacDonald und Henderson zugegen war. Die Abreise des Reichsministers und des Außenministers erfolgt am Dienstag vormittag von Southampton aus mit der "Möven".

Brüning fährt sofort zu Hindenburg.

Berlin, 9. Juni. (Telunion). Der Reichsminister Dr. Brüning wird, wie die "DZ" erfährt, die erste sich bietende Gelegenheit benutzen, um dem Reichspräsidenten ausführlich über die Reise nach England zu berichten. Er werde zu diesem Zweck um die Wende der Woche nach Neudeck fahren, allerdings so rasch wie möglich nach Berlin zurückkehren, da das Kabinett keine Beratungen beschleunigt stattfinden sollte.

Französische Ansicht.

Paris, 9. Juni. (Eig. Draht). Die Pariser nationalitäre Presse stellt am Montag mit Befriedigung fest, daß die Unterredungen in Chequers zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Eine gegenseitige Ansicht vertritt nur das Journal des Débats", das erklärt, Deutschland habe erreicht, was es wollte: die Frage einer Revision des Young-Planes sei auf das internationale Tapet gebracht worden, und zwar dank der Gefälligkeit der englischen Regierung unter den bequemen Bedingungen für Deutschland.